

# Breslauer



# Zeitung

N<sup>o</sup>. 36.

Donnerstag den 5. Februar

1852.

**Inhalt.** Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Kammerverhandlungen.) — (Parlamentarisches.) — (Die Stellung des Herrn v. Manteuffel zur Kreuzzeitungs-Partei und zur Verfassungs-Revision. Die kämpfenden Fraktionen im Ministerium. Die Kammermajorität und die Verfassungsrevision.) — (Zur Tages-Chronik.) — Deutschland. Frankfurt. (Die Bundesbeschlüsse in Bezug auf die deutsche Flotte und die kurhessische Verfassungs-Angelegenheit.) — Kassel. (Die Konzeptionsentziehungen.) — Sonderhausen. (Die Verfassungs-Revision.) — Hannover. (Die Revisions-Vorschläge.) — Hamburg. (Der baldige Abmarsch der Oesterreicher in Aussicht.) — (Ankunft Nevenkloos in Kiel. Gerüchte von zu Kopenhagen ausgebrochenen Unruhen.) — Oesterreich. Wien. (Zwangsmassregeln.) — Frankreich. Paris. (Tagesbericht.) — (Eine englische Blokade.) — Schweiz. Bern. (Die Falschwerberei.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Die konstitutionelle Ressource.) (Buchdruckerei.) — (Straßenraub.) — (Die Thätigkeit der Gemeinde-Rathen.) — Schweidnitz. (Feuer-Schwurgericht.) — Notizen aus der Provinz. — Handel, Gewerbe und Ackerbau. Breslau. (Kaufmännischer Verein.) — (Fortsetzung der Anmeldungen für die Industrie-Ausstellung.) — (Produktenmarkt.) — (Berliner, seltener und londoner Markt.) — Kalisch. (Kein Ausfuhrverbot.) — Mannigfaltiges.

## Erste telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

**Paris, 3. Februar.** Der Moniteur bringt heute das Wahlgesetz. Der Gesetzgebungs-Körper besteht aus 262 Deputirten. Algerien und die Kolonien bleiben unvertreten. Allgemeines Wahlrecht, direkte und geheime Abstimmung. Die Deputirten sind unverfolgbar wegen dessen, was sie in der Sitzung ausgesprochen. Keine Schuldhaft während der Sitzung, 6 Wochen vorher und nachher. Das aktive Wahlrecht erfordert ein Alter von 21 Jahren, wählbar wird man erst mit 25 Jahren, unwählbar sind die bezahlten Beamten. Der Gesetzgebungskörper wird Ende Februar zusammenberufen.

## Zweite telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

**London, 3. Februar.** Thronrede. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind fortwährend freundschaftlich. Der Freihandel bereichert den Volkswohlstand, ohne den Schatz zu beeinträchtigen. Die politische Lage rechtfertigt eine Vermehrung der Ausgaben. Die Regierung ist auf Mittel bedacht, die Prinzipien der Reformbill zu entwickeln. Sie hoffe, daß die dänische Angelegenheit durch Ausführung des zu Berlin geschlossenen Vertrages ihre Erledigung finden werde.

## Telegraphische Nachrichten.

**Turin, 30. Januar.** Die Abgeordneten-Kammer diskutiert noch immer das Sicherheitsgesetz. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat einen Gesetzesvorschlag gemacht, wonach von Turin eine Telegraphenlinie zum Anschlusse an das lombardische Telegraphensystem gezogen werden soll.

**Genua, 30. Januar.** Das demokratische Journal „la Muga“ ist wegen eines feindseligen Artikels gegen den Präsidenten der französischen Republik abermals mit Beschlagnahme belegt worden.

**Breslau, 4. Febr.** [Zur Situation.] In der ersten Kammer ist das Bureau, der Geschäftsordnung gemäß, auf die Dauer der Diät erneuert worden; in der zweiten Kammer hat die Budget-Debatte begonnen. Unser berliner Korrespondent berichtet über die Stellung der Regierung zur Revisionsfrage. Auch er legt aus innern Gründen der dabei in Betracht kommenden Personen die Inhaftlosigkeit der Gerüchte dar, welche von einer „Ministerkrise“ fabelten.

Die R. Pr. 3. streitet heute gleichfalls, unter gar bösen Seitenblicken auf eine leicht erkennliche Partei, für Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Ministeriums in seinem jetzigen Bestande. „Eine Ministerkrise — sagt sie — eine Ministerkrise in Preußen, die ist heute nicht so leicht gemacht, als Manche meinen und wünschen; eine Ministerkrise in Preußen ist heute nicht bloß ein preussisches, sie ist ein europäisches Ereigniß, und die Verantwortung auf das Haupt Derer, die heute ein frevelhaftes Spiel damit treiben könnten Angesichts der allgemeinen Weltlage und der Prüfungen, die vielleicht bald wie ein Dieb in der Nacht über uns kommen werden, die mühsam erkämpfte und errungene Stabilität unserer Verhältnisse von Neuem in Frage zu stellen und das Vertrauen des Kernes des Volkes über begründeten Sympathien oder Antipathien zum Opfer zu bringen. Es wäre auch ein schlechter Trost, daß man dieser ersten Ministerkrise ja bald eine zweite folgen lassen könne, und daß eine dauernde Institution, wie eine gute erste Kammer, niemals zu theuer erkauft würde: was sollen uns gute Institutionen, wenn die Menschen, welche sie handhaben sollen, nichts taugen, und was soll uns eine Restauration, wenn das Vertrauen unwiederbringlich verloren ist! Mit um so größerer Befriedigung haben wir deshalb vernommen, daß gewisse Leute in ihre eigene Grube gefallen sind, und daß die heimlichen Leiter der patriotischen Intrigue nichts gewonnen haben als eine längere Wartezeit und ein wenig Beschämung.“

Dieselbe Zeitung will heut von zuverlässiger Seite aus Wien die Meldung haben, daß die österreichische Regierung sich nach den letzten Vorgängen in Kopenhagen bereit erklärt habe, ihre Truppen von der Nieder-Elbe und der Eider zurückzuziehen; auch dürfte es nicht unwahrscheinlich sein, daß dieser Truppen-Rückzug schon in der nächsten Woche beginnen wird.

Indeß erfahren wir heut aus Hamburg, daß sich dort Gerüchte über in Kopenhagen ausgebrochene Unruhen verbreitet hatten. Sollten sich diese bestätigen, so dürfte an einen baldigen Rückmarsch der Oesterreicher denn doch nicht zu denken sein.

Aus Paris erhalten wir heut aus telegraphischem Wege Mittheilungen der hauptsächlichsten Bestimmungen des Wahlgesetzes für den gesetzgebenden Körper. Die Beamten-Incompatibilität ist darin ausgesprochen.

Wichtiger ist die Nachricht von einem offenbar feindseligen und den französischen Handel schwer verletzenden Akt der englischen Regierung. Diese hat den Golf von Benin in West-Afrika unter dem wichtigsten Vorwande in Blokadezustand erklärt und nur eine englische Faktorei von dieser Maßregel ausgenommen.

Der Palmöl-Handel Frankreichs wird dadurch aufs Äußerste bedroht und man darf in diesem Akt wohl den Anfang von einer Reihe verdrüsslicher Differenzen erblicken, deren Ende kaum abzusehen sein dürfte.

## Preußen.

**Berlin, 3. Februar.** [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst zu verleißen geruht: I. Den rothen Adler-Orden dritter Klasse: Allerhöchstihren Kammerherren: v. Crousz zu Hedingen, Freiherrn Treusch von Buttlar zu Sigmaringen und Freiherrn Hiller von Gärtingen zu Hedingen. II. Den rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Kaufmann Karry in Hedingen, dem Hof-Bau-Inspektor Wiest ebenbaselbst, dem Rechts-Anwalt Bürkle in Sigmaringen, dem fürstlich hohenzollernschen Hof-Kapellmeister Tagelichsbeck zu Hedingen, dem fürstlich hohenzollernschen Hofrath Speidel ebenbaselbst, dem fürstlich hohenzollernschen Kabinettsrath v. Werner zu Neisse in Schlesien. — III. Das allgemeine Ehrenzeichen: dem Vogt Johann Locher in Stetten und Hohlstein, Amts Hedingen, dem Vogt Christn. Speidel zu Jungingen, dem Altvogt Joseph Klok in Weilheim, dem Altvogt Christn. Ruff in Grossefingen, Amts Hedingen, dem Altbürgermeister Joseph Grieb in Dettingen, Amts Glatz, dem Bürgermeister Fidel Leuze in Dieffen, Amts Glatz, dem Bürgermeister Bonaventur Reiser in Gammertingen, dem Altbürgermeister Joseph Hospach zu Inneringen, Amts Gammertingen, dem Bürgermeister Philipp Sorch zu Mindersdorf, Amts Wald, dem Werkmeister Bausinger zu Stetten bei Hedingen, dem früheren Brigadier, jetzigen Gendarmen Eisele zu Hedingen, dem früheren Brigadier, jetzigen Gendarmen Wolff zu Strusberg, dem Feldwebel und Brigadewerwer, jetzigen Hilfs-Gendarmen Hannelotter zu Inneringen, dem Sergeanten und Brigadewerwer, jetzigen Hilfs-Gendarmen Stiekel zu Sigmaringen; so wie dem Holzarbeiter Müller zu Danzig.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Kreisgerichts-Direktor Rocholl zu Lüdenscheid in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Arnberg zu versetzen.

Ihre königliche Hoheit die verwittvete Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin ist von Schwerin hier eingetroffen und im königlichen Schloß abgestiegen.

## Kammer-Verhandlungen.

### Erste Kammer. Sitzung vom 3. Februar.

Bei der auf heut anberaumten Präsidentenwahl wird Graf Rittberg mit 87 gegen 44 Stimmen, die Baumgartl und 2 Graf Ippenly erhält, zum Präsidenten für die Dauer der Diät gewählt. Zum ersten Vicepräsidenten wird Herr Brüggemann mit 72 Stimmen gewählt; Stimmen haben erhalten von Bethmann-Hollweg 57, Baumgartl 5, Ippenly 2, v. Zander 1; zum zweiten Vicepräsidenten wird Graf Ippenly mit 74 Stimmen gewählt, v. Bethmann-Hollweg erhält 65 Stimmen.

Ein Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission liegt vor. — Ein Antrag auf Feststellung des Verfassungs-Eides dahin: „ich, als Abgeordneter“ schwöre. — wird auf Vorschlag der Kommission als nicht bloß formeller Natur bei Seite gelegt. — Ein anderer Antrag, dem Präsidenten allein (bisher stand sie nur dem Gesamtvorstande zu) die Disziplin über die Beamten des Hauses beizulegen, wird acceptirt.

Man geht zu dem Bericht der Petitions-Kommission über; es liegt zunächst die Petition der Kreisvertretung von Insterburg vor, daß der 1845 übernommene Chausseebau von Insterburg einerseits nach Nordenburg, andererseits nach Staßfurt, ungekürzt wieder aufgenommen werden möge. Die Kommission empfiehlt Ueberweisung an das Ministerium zur besonderen Berücksichtigung. Es wird mehrfach auf den Nothstand in Preußen aufmerksam gemacht. Der Herr Handelsminister will unterscheiden haben zwischen der Bereitwilligkeit zu einer möglichen Abhilfe des Nothstandes und dem Bau einer Chaussee. Der Herr Minister weist darauf, daß Seitens des Staats gerade für die Provinz Preußen sehr viel geschehe. — Ein Antrag auf Tagesordnung wird verworfen, ebenso die Empfehlung zur besondern Berücksichtigung; die Petition wird bloß an das Ministerium abgegeben, mit der Hinweisung darauf, daß die Weiterführung des Baues den arbeitslosen Familien Gelegenheit zum Broderwerb geben könne.

Man erledigt die weiter vorliegenden Petitionen, nach Antrag der Kommission durch die Tagesordnung und Abgabe an das Ministerium, eine Anzahl von Petitionen werden einzelnen bestehenden Kammerkommissionen zugewiesen. — Hierauf kommt der Gesetz-Entwurf, betreffend den Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten, zur Berathung. Abg. Goldammer ist Ref. Die Diskussion ist nur unerheblich.

### Zweite Kammer. Sitzung vom 3. Februar.

Präsident Graf Schwerin theilt ein Schreiben des Präsidenten der ersten Kammer mit, in welchem die zweite Kammer ersucht wird, die in der ersten Kammer beratenen Anträge auf Verfassungsänderungen schon vor der zweiten Lesung in Vorberathung zu nehmen. Der Präsident findet in der Geschäftsordnung keinen Anhalt für ein solches Verfahren. Die Kammer ist der.



selben Meinung. — Der Justizminister legt gemeinschaftlich mit dem Kriegsminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Herstellung einer Konformität zwischen dem Strafgesetzbuche und dem Militärstrafgesetzbuche vor. Auf der Tagesordnung stehen Berichte der Centralbudgetkommission. Simon regt bei dieser Gelegenheit die in der vorigen Session stattgehabte Erörterung über die Forterhebung der Steuern und die Verwendung der Gelder durch die Regierung vor geschickener Festsetzung der Etats durch die Kammern an. Die Regierung habe zwar das Budget rechtzeitig vorgelegt, aber immer noch fehle es an einer Uebereinstimmung ihres Verfahrens mit den Art. 99 u. 100 der Verfassung. — v. Kleist-Regow bemerkt, es fehle an einem vollständigen Antrage, und der Beschluß der vorigen Session habe die Sache bereits erledigt. — v. Vinde bestreitet, daß ein solcher Beschluß vorhanden sei. — Schubert vermißt Uebersichtlichkeit und Systematik in den Etats, was er an einer Reihe von Beispielen erläutert. Er stellt einen Antrag: der Regierung für die nächsten Jahre eine gleiche Vollständigkeit, wie sie der Etat für 1851 hatte, zu empfehlen. — Regierungskommissar, Ministerial-Direktor Horn, bemerkt: die Systematik der Etats sei die bisher befolgte; die Anlagen seien auf den Wunsch der vorjährigen Budgetkommission vermindert, nur was bereits dreimal gegeben worden, sei diesmal übergangen, alles Neue finde sich umständlich erläutert. — Schubert zieht nach diesen Erläuterungen seinen Antrag zurück. — Harkort hat in Betreff der Fonds zu Gratifikationen und Remunerationen der Beamten eine Herstellung des vorjährigen Beschlusses beantragt, nach welchem nur Beamten, deren Einkommen 1000 Thaler nicht übersteigt, in außergewöhnlichen Bedarfsfällen eine Unterstützung gewährt werden soll. Nach einiger Debatte, an welcher sich Osterath, Milde und der Regierungskommissar betheiligen, wird der Antrag abgelehnt mit 135 gegen 132 Stimmen. — Ein Antrag v. Patow will, daß Staatsüberschreitungen nicht schon darum für gerechtfertigt zu erachten, weil dieselben durch Ersparnisse in andern Titeln des Etats gedeckt würden. — Vor der Diskussion wird ein Antrag auf Namensaufruf über den Antrag Harkort gestellt, welchen der Präsident für nicht mehr zulässig erachtet. — Patow rechtfertigt seinen Antrag. — Nach einigen kürzern Erörterungen von Tellkamp und Camradt beschränkt v. Cynern ein von ihm eingebrachtes Amendement, die vorliegende Beratung zu verschieben bis zu der Diskussion der Ueberschreitungen des Etats von 1849 und 50, gegen welchen Aufschub sich v. Patow bestimmt erklärt. — Bodellwings spricht für den Cynernschen Antrag auch aus dem Grunde, weil der vorgelegte Etat in seiner so wenig systematischen Aufstellung der Kammer nicht das notwendige Material für die Beratung bietet, wenn er auch gegen Schubert den von der Regierung künftig zu hoffenden geordneteren Budgetband seinem Umfange nach eher schwächer als stärker wünscht, weil doch — damit schließt er unter zahlreichen Protestationen der linken Seite des Hauses — unter 100 Abgeordneten kaum einer den Etat ganz durchliest. — Camphausen sucht den Vorredner zu widerlegen und erklärt sich für den Antrag v. Patow; Kleist-Regow glaubt aus den Argumenten des Vorredners die entgegengesetzten Folgerungen ziehen zu müssen, worauf noch Schubert sich gegen falsche Auffassungen seines Antrages rechtfertigt. — Der Finanzminister erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, auf die gerechtfertigten Wünsche der Kammer hinsichtlich der Aufstellung des Etats einzugehen, ist aber der Ansicht, daß sich bei der Einzelberatung die beste Gelegenheit bieten würde, diese Wünsche auszusprechen und zu begründen. Nach kurzer Erwiderung des Berichterstatters, der sich event. für den Cynernschen Antrag erklärt, wird dieser angenommen, dagegen der von Schubert mit 142 gegen 124 Stimmen abgelehnt. (Schluß 3½ Uhr.)

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Budgetberatung.

□ **Berlin, 3. Februar.** [Die Stellung des Herrn v. Manteuffel zur Kreuzzeitungs-Partei und zur Verfassungs-Revision. — Die kämpfenden Fraktionen im Ministerium. — Die Kammer-Majorität und die Verfassungs-Revision.] Die Beratungen im Staatsministerium über die Neubildung der ersten Kammer und über die Initiative der Regierung zur Abänderung der Verfassung werden fast täglich fortgesetzt, obwohl man schon vor einigen Tagen annehmen durfte, daß die sich dabei gegenüberstehenden Ansichten im Schooße des Kabinetts bei den wesentlichsten Punkten zur Ausgleichung gekommen seien. Dies hat sich auch insofern bestätigt, als von einer inneren Spaltung des Ministeriums über die vorliegenden Fragen wenigstens nicht in einem nachhaltigen Sinne mehr die Rede sein kann, und den Gegensätzen der einzelnen Minister jedenfalls die Spitze abgebrochen ist. Man schreibt dabei den geschickten Wendungen des Herrn v. Manteuffel, vielleicht auch seiner Alles überdauernden Zähigkeit, die gewonnene Fortdauer des Ministeriums in seiner bisherigen Zusammensetzung zu.

Seit dem Eintritt der Verfassungskrisis, von der wir in Preußen jetzt in einem ganz spezifischen Sinne reden können, hatte sich die Stellung des Herrn v. Manteuffel zu den politischen Parteien wesentlich zu verändern angefangen. Die Partei, die ihn bei seiner Uebernahme des Minister-Präsidiums getragen, machte seit einiger Zeit offenbar Miene, über ihn hinauszugehen, und legte wohl deutlich genug an den Tag, daß, wenn sie ausschließlich an das Regierungs-Ruder gelangt sein würde, ihre rein strategische Verbindung mit Herrn v. Manteuffel ein Ende haben dürfte. Wir sprechen natürlich von der Kreuzzeitungs-Partei, für welche Herr v. Manteuffel nun einmal nicht Mann des Prinzips sein könne, wie sehr man ihn auch sonst tauglich und bereit gefunden. In der Voraussicht, durch die Partei der Pietisten und Quäker auf dem entscheidenden Punkte doch überholt und verdrängt zu werden, schien Hr. v. Manteuffel diesen Gegensatz in der letzten Zeit stärker provocirt zu haben, was namentlich bei den Verhandlungen über die Reorganisation der ersten Kammer geschehen war. In dieser Angelegenheit vertrat Herr v. Manteuffel mit großer Nachdrücklichkeit die Ansicht, welche die erste Kammer ausschließlich aus aristokratischen und standesrechtlichen Elementen und aus den Ernennungen der Krone, mit Beseitigung der durch die Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen Wahl-Elemente hervorgehen lassen will. Diejenigen, welche in dem gegenwärtigen Ministerium erklärtenmaßen zu jener am Hofe so stark verzweigten Partei gehören, machten dagegen merkwürdiger Weise die Aufrechterhaltung der Verfassungs-Urkunde geltend, und zwar namentlich in der Bestimmung, welche 120 wählbare Mitglieder der ersten Kammer (die zu ¼ von den Gemeinderäthen der größeren Städte, zu ¾ von den Höchstbesteuerten gewählt werden sollen) vorschreibt. Es ist keine Frage, daß diese Partei gerade bei dieser Bestimmung ihre Rechnung gefunden haben würde, wenn sie durch solche Wahlen, die den großen und bevorzugten Grundbesitzern die Majorität sichern müssen, den einen Faktor der constitutionellen Gesetzgebung vollständig beherrschen würde. Hierdurch wird es klar, was sonst fast wie ein undurchdringliches Geheimniß aussah, warum die Kreuzzeitung in ihren pathetisch gewundenen Leitartikeln in den letzten Wochen sogar für die Verfassungs-Urkunde schwärmen konnte. Hr. v. Manteuffel bekämpfte mithin diese Partei schon in ihren geheimsten Operationen und Aussichten, indem er ihr durch eine von den Wahlen der Rittergutsbesitzer unabhängige Bildung der ersten Kammer diese Stufe zu ihrer bereinstigten Herrschaft abschneiden wollte. Es sind aber Vermittelungen in diesem Kampfe eingetreten, zu denen Herr v. Manteuffel, wie es scheint, um so weniger seine Hand verweigern wollte, als er den Moment schwerlich für geeignet ansehen konnte, um eine entscheidende Auseinandersetzung zwischen sich und der begünstigten Partei beim König herbeizuführen. In diesem Falle hätte es für Hr. v. Manteuffel allerdings nur den einen Weg gegeben, dem persönlichen Einflusse gewisser Personen die Spitze zu bieten, und gegen ihre Entfernung aus dieser Wirksamkeit die Beibehaltung seines Portefeuilles in die Waagschale zu legen. Zu einem so be-

denklichen Entschlus hat es nun Hr. v. Manteuffel allerdings nicht gebracht. Daß aber das Ziel der angebahnten Vermittelungen noch nicht endgültig festgestellt ist, geht aus der Fortdauer der Verhandlungen im Staatsministerium über diesen Gegenstand hervor. Es sind zuletzt noch künstliche Kombinations-Vorschläge aufgetaucht, welche das Wahl-Element mit dem Ernennungs-Recht der Krone gleichzeitig verbinden wollen, indem das Wahlrecht zur ersten Kammer zwar bestehen, aber als solches von dem König an Personen einer gewissen ständischen Kategorie verliehen werden sollte. Alle diese Dinge charakterisiren ganz ungemein unsere Situation, und haben eigentlich nur noch in dieser Beziehung Interesse und Bedeutung.

Was die Initiative der Regierung bei den Verfassungs-Abänderungen betrifft, so meldete ich schon neulich aus guter Quelle, daß sich die maßgebenden Entschlüsse allerdings nach dieser Seite hin geneigt haben. Wenn man einen Blick auf die inneren Zustände der Kammern wirft, so erblickt man die Mehrzahl der Abgeordneten selbst hinsichtlich ihres Verhaltens zur Verfassungs-Revision in einer sehr rathlosen Verlegenheit. Es ist dies freilich das Schlimmste, was man von dem Besizer eines Volks-Mandats sagen kann, daß er in einer Fundamentalfrage dieser Art ohne leitendes Prinzip dasteht. Die Richtungen und Persönlichkeiten der Kammern sind freilich in einer Weise überworfen, daß man den gewöhnlichen Maßstab constitutioneller Grundsätze nicht mehr anlegen kann. Am meisten schwanken diejenigen Abgeordneten, welche die Partei der Regierung in den Kammern bilden, und die sich von Seiten des Ministeriums ganz ohne Auskunst und Orientierung über die von der Regierung befolgten Richtungen befinden. Das Ministerium hat das entweder verabsäumt oder nicht mehr der Mühe für werth erachtet, was ihm von seinen Anhängern allerdings stark zum Vorwurf gemacht wird. Die Revisionslustigen, die der Regierung und den konservativen Interessen gern alles Mögliche zu Willen thun würden, tappen über den Umfang und das Ziel der Absichten, welche die Regierung dabei hegt, gänzlich im Dunkeln. Die Regierung wird sich daher allerdings für die Initiative, und für die Einleitung der Verfassungs-Revision durch eine königliche Botenschaft entscheiden müssen, wenn sie die Kammer-Majorität regeln und nach ihren Absichten feststellen will.

[Parlamentarisches.] Ein Vorschlag in Betreff der Neubildung der ersten Kammer soll sich einer einflussreichen Unterstützung erfreuen. Er geht, so viel wir hören, im Wesentlichen dahin, der Krone das Recht zur Bildung einer Art Notablenversammlung Behufs der Wahl einer Anzahl von Kandidaten der Pairie beizulegen. Die Wahlen würden dann als Vorschläge zu betrachten sein, welche die Krone bei den wirklichen Ernennungen berücksichtigen würde. Es wird damit beabsichtigt, die erste Kammer von einer zu großen Exklusivität frei zu halten und auch bürgerlichen Elementen einen Platz in ihr zu sichern. Wie wir hören, sollen den Kammermitgliedern eine den Vorschlag begründende Denkschrift in diesen Tagen zugehen.

In einer Kommission der ersten Kammer ist seitens des betreffenden Regierungs-Kommissars die Mittheilung gemacht worden, daß die Staatsregierung den Gesetzentwurf über die Grundsteuer noch in dieser Session vorzulegen gedenke.

Die Central-Budget-Kommission hat sich außer den bereits gedruckt vorliegenden Berichten über den Staatshaushalts-Etat auch ein Referat des Abg. Nöbden über den Bestand des Staatsschatzes und dessen Etat pro 1852 so wie über das Münzwesen vortragen lassen. Gegen die nachgewiesenen Ausgaben bei dem Staatsschatze wurde nichts erinnert. Bei dem Dispositionsfonds Sr. Majestät des Königs hatte die zweite Kammer im vorigen Jahre beschlossen, daß der Bestand und das Ergebnis der Verwaltung ante lineam vermerkt werde. Die erste Kammer war diesem Beschlusse nicht beigetreten, weil sie es nicht für angemessen erachtet habe, über derartige Fonds eine, wenn auch noch so entfernte Kontrolle der Kammer eintreten zu lassen. Aus diesem Grunde hat die Regierung bei Aufstellung des Etats auch dem Beschlusse nicht entsprochen, zumal der Dispositionsfonds nicht zu dem Staatsschatz gehört. Dem Vernehmen nach ist von der Central-Budget-Kommission beschlossen worden, über diese Angelegenheit aus den geltend gemachten Gründen hinwegzugehen. Die Regierung war bei der Verhandlung durch den geh. Rath Adlung vertreten. (C. B.)

**Berlin, 3. Februar.** [Zur Tageschronik.] Die Ordnung der thüringischen Verfassungsangelegenheiten wird von den resp. Regierungen zur Zeit mit großem Eifer betrieben. Die Auflösung der Kammer in Gotha wird in dieser Beziehung eine weitere Hinausschiebung schwerlich veranlassen, da die kurburg-gothaische Regierung der ihr wiederholt zur Kenntniß gegebenen Verpflichtung der Rücksichtnahme auf den Bundesbeschluß vom 23. August sich in keiner Weise zu entziehen gedenkt.

Der König von Hannover nebst Gemahlin und Kindern ist gestern in Altenburg eingetroffen.

Hofmarschall v. Malorti, der den König auf dieser Reise nicht begleitet, wird in diesen Tagen hier erwartet.

Ueber einem Nachfolger des in den Staatsrath berufenen französischen Gesandten am hiesigen Hofe, ist zur Zeit noch nichts bestimmt und wird der Herr Gesandte wohl noch einige Zeit auf seinem Posten verbleiben.

Wie man sich in allen Richtungen in Paris dem Kaiserreiche nachbildet, so auch in Bezug auf die Uniformen. Namentlich scheint man auch auf die Herstellung der unter dem Kaiser üblichen Gefandtschafts-Uniformen Accent zu legen. (C. B.)

Die Soiree, die gestern bei Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Karl zur Vorfeier des Geburtstages Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Karl stattgefunden, gehörte zu den glänzendsten der diesjährigen Saison. Eine Vorstellung lebender Bilder, eine Unterhaltung, welche der diesjährigen Saison ein besonderes Lustre zu geben scheint, fand auch hier mit entschiedenem Erfolge statt. Die Ausführung der Bilder hatten übernommen: J. J. H. der Prinz Friedrich Karl und die Prinzessinnen Luise und Anna, so wie Se. königl. Hoheit der Prinz Georg; ferner J. J. H. der Erbprinz von Anhalt-Deßau, der Erbprinz von Sachsen-Altenburg, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg, der Prinz Moritz von Sachsen-Altenburg, der Prinz Wilhelm von Baden, J. J. D. die Prinzen Edmund, Karl, Janusz und Boguslaw Radziwill und die Prinzessin Maschilde Radziwill, so wie ferner mehrere Herren und Damen des königl. Hofes. Die Darstellung der Bilder meist neuerer Meister wurde durch den Professor Hense geleitet. Der musikalische Theil des Festes wurde am Flügel vertreten durch den Sopranisten Sr. Majestät des Königs Dr. Th. Kullak, von Seiten des Gesanges durch den kgl. Musikdirektor Jähns. Se. Majestät der König und alle hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des hohen königl. Hauses, so wie viele verwandte fürstliche Herrschaften, wohnten dem schönen Feste bei, und schmerzlich wurde nur die Abwesenheit Ihrer Majestät der Königin bedauert, Allerhöchstselbe leider durch ein Unwohlsein gehindert waren, zu erscheinen. Wie wir vernehmen, werden Ihre Majestät die Königin auch den für morgen befohlenen Hoffestlichkeiten noch nicht beiwohnen können. (N. Pr. 3.)

An der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung des Landes-Ökonomie-Kollegiums nahm der zum Mitgliede desselben ernannte Abgeordnete Herr v. Kleist-Regow zum ersten Male Theil und wurde durch den Präsidenten, Herrn v. Beckedorff, in das Kollegium eingeführt. Der gleichfalls zum Mitgliede ernannte Rittergutsbesitzer Nathusius auf Königsboorn bei Magdeburg war nicht in Berlin anwesend. Außer den beiden



eben ernannten besteht das Landes-Ökonomie-Kollegium aus folgenden Mitgliedern: geh. Ober-Regierungsrath Prof. Dr. Dieterici, Reg.-Präsident a. D. Graf v. Iken-  
pils, geh. Ober-Regierungsrath Kette, Landes-Ökonomie-Rath, Landes-Ökonomie-  
Rath Dr. v. Lengerke (Gen.-Sekretär), Gartendirektor Lenné, Präsident Kette, geheimer  
Ober-Regierungsrath Mäke, wirkliche geheime Kriegsrath Mengel, Major a. D. Frei-  
herr Senfft v. Pilsach auf Sandow, geheimer Finanzrath v. Stranz, geheimer Ober-  
Finanzrath v. Viebahn, Landes-Ökonomie-Rath Weyhe zu Bonn, Hauptmann a. D.  
v. Wulffen auf Pieppuhl. Als Präsident fungirt seit der Begründung des Kollegiums  
Dr. v. Beckedorff. Als Organ dieses Kollegiums gelten die „Annalen der Landwirth-  
schaft in den königl. preussischen Staaten“, welche von demselben seit der Viertel-  
jahrs-, jetzt in Monatsheften herausgegeben und von dem General-Sekretär Dr. Len-  
gerke redigirt werden. (Verlag von Wiegandt und Grieben.) (B. 3.)

## Deutschland.

**Frankfurt a. M., 31. Jan.** [Die deutsche Flotte betreffend.] Aus zuverlässiger Quelle vernehme ich Folgendes über die jüngsten Verhandlungen des Bun-  
destags hinsichtlich der Flotte. Der Beschluß vom 27. Dezember: den österreichischen  
Vorschlag einer dreitheiligen Kontingentsflotte abzulehnen, wurde am 7. Januar in Ab-  
wesenheit des preussischen Gesandten aufgehoben und der Ausschuss für die Marine an-  
gewiesen, neue Vorlagen zu machen. In der Sitzung vom 24. Januar wurde den  
Staaten, welche sich bei Bildung einer deutschen Kriegsmarine betheiligen wollen, eine  
Frift bis zum 10. Februar gestellt, um sich darüber zu äußern, ob sie das Nordsee-  
geschwader als Theil der Kontingentsflotte übernehmen wollen, und auf Veranlassung  
Hannovers der fernere Antrag hinzugefügt, sich gleichzeitig darüber zu erklären, ob die  
Flotte für die Vergangenheit Bundeseigenthum sei, d. h. ob die Staaten, welche noch  
gar nichts zur Marine gezahlt: Oesterreich, Baiern, Königreich Sachsen und  
Kurhessen, die schuldigen Matrikularbeiträge nachzuliefern hätten, welche z. B. bei  
Oesterreich allein auf 3 Mill. Fl. sich belaufen. Endlich hat der Ausschuss den An-  
trag gestellt, daß der Bund befugt sei, die Schiffe zu veräußern, selbst wenn dieselben  
nicht für Bundeseigenthum erklärt würden, wogegen Preußen und Hannover sich  
ausgesprochen, deren Interessen in dieser Frage durchaus Hand in Hand gehen.  
(D. A. 3.)

[Der Abschluß der kurhessischen Angelegenheit] wird in etwa 4—6 Wo-  
chen durch die Publizierung der neuen Verfassung erfolgen. Nach dem Verfassungs-  
Entwurf soll die Zusammensetzung der Kammern, wie man versichert, folgende sein.  
Die erste Kammer soll bestehen aus: den volljährigen nachgebornen Prinzen des re-  
gierenden Kurhauses; einem Prinzen des kurfürstlichen Hauses für eine jede apanagirte  
Linie desselben; dem Haupte einer jeden gräflichen oder fürstlichen, ehemals reichsunmit-  
telbaren Familie, welche eine Standesherrschaft in Kurhessen besitzt; den vom Landes-  
herren erblich ernannten Mitgliedern, deren jährliches schuldenfreies Einkommen aus im  
Inlande belegenen, im fideikommissarischen Verbande bestehenden und nach der Primog-  
enitur vererblichen Grundbesitzungen mindestens 6000 Thaler beträgt; dem Senior oder  
dem sonst mit dem Erbmarschall-Amte beliehenen Mitgliede der Familie v. Riedesel;  
einem der ritterschäftlichen Ober-Vorsteher der Stifter Kaufungen und Wetter; dem  
Vize-Kanzler der Landes-Universität; dem katholischen Bischof; den drei protestantischen  
Superintendenten zu Kassel, Marburg und Hanau; einem Abgeordneten aus der alt-  
hessischen Ritterschaft, von jedem der fünf Abtheilungen; einem Abgeordneten aus der  
Ritterschaft der Grafschaft Schaumburg mit den Stiftern Fischbeck und Obernkirchen;  
einem Abgeordneten aus dem ehemals reichsunmittelbaren Adel in den vormaligen Krei-  
sen Fulda und Hünfeld, und endlich aus einem Abgeordneten aus dem ehemals reichs-  
unmittelbaren Adel in der Provinz Hanau. Die zweite Kammer soll bestehen aus  
16 nicht zu den in der ersten Kammer bereits vertretenen ritterschäftlichen Verbänden  
gehörigen Besitzern von Güter-Komplexen, welche mindestens 200 Acker umfassen; aus  
16 Abgeordneten aus den Städten und aus 16 Abgeordneten aus den Landgemeinden.  
Die Bundes-Kommissare Graf Leiningen und Staats-Minister Uhden sollen ihre Zu-  
stimmung zu dieser, von der kurfürstlichen Regierung beabsichtigten Zusammensetzung der  
Kammern bereits erteilt haben. (Köln. 3.)

**Kassel, 1. Februar.** [Die Konzeptionsentziehungen] gehören bekanntlich zu den Strafmitteln der rettenden Staatsweisheit und haben sich überall eingefunden,  
wo diese herrscht. Nur bei uns fehlten sie bis jetzt. Wie von verschiedenen Seiten  
her berichtet wird, hat dieser Mangel jedoch bereits seine Endschafft erreicht. Zunächst  
sind die Wirthschaften bedroht. Die Theilnahme ihrer Inhaber an oppositionellen  
Handlungen und die Vereithaltung der Lokale für demokratische Versammlungen während  
der Jahre 1848 und 49 haben der Konzeptionsentziehung schon zum Anlaß gedient.  
Wie wenig dabei durch Zügelmäßigkeit, so sehr diese auch gewünscht wird, der Besitz der  
Konzeption sicher gestellt werden kann, ist kürzlich den Bewohnern einer kleinen hessischen  
Weferstadt an einem Beispiele gezeigt worden. Ein Bierbrauer hatte in seiner Schank-  
wirthschaft die Bildnisse von Kossuth, Kinkel, Rob. Blum und anderen hängen.  
Ihm wurde daher aufgegeben, die Portraits zu entfernen, widrigenfalls man sein Lo-  
kal schließen werde. Obgleich der Mann gehorchte, so ist die Konzeption ihm später  
doch entzogen worden, und, weil er zugleich Vorsteher des Gemeindeausschusses war,  
hat man ihm bei Auflösung des Letztern die passive Wahlfähigkeit für denselben  
noch obendrein entzogen, und zwar auf die Dauer von 9 Jahren. — Heute gelangte  
aus Karlsruhe die Nachricht hierher, daß der Advokat Abenberg verhaftet und nach  
Hofgeismar geführt worden sei. Der Grund der Verhaftung ist noch nicht bekannt.  
(N. 3.)

**Sondershausen, 28. Jan.** [Der hiesige Landtag] hat einige Bedenken gegen die vorgelegte Revision der Verfassung erhoben, welche besonders durch die von der Staatsregierung vorgeschlagene Bestimmung hervorgerufen wurden, daß zur  
Wornahme von Verfassungsveränderungen nur einmalige Abstimmung und einfache  
Stimmenmehrheit genügen solle. Der Landtag ist auf diese Bestimmung vorläufig  
nicht eingegangen und hat seine Ansicht dahin ausgesprochen, die Annahme bis dahin  
auszusetzen, wo von der Staatsregierung weitere Vorschläge über einzelne Bestimmungen  
einer der jetzigen Zeit entsprechenden Abänderung erfolgt sein würden. Der von der  
Staatsregierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Eidestellung der Juden ist  
angenommen worden; zufolge dessen wird die Eidestellung „so wahr mir Gott helfe“  
lauten und der Eid vor der Behörde durch einen Rabbiner abgenommen werden.  
(Leipz. 3tg.)

**Hannover, 2. Februar.** [Die Revisionsvorschläge] rücken immer näher heran. Stüve hat sich den Rückschrittmännern in dieser Beziehung zugesellt, und

schmäht in seinem Organe, dem „Osnabrücker Volksblatt“, auf das allgemeine Stim-  
recht, das ihm eine zweite Kammer zu wege gebracht hat, in welcher seine Partei aller-  
dings zum Unheil für die deutsche Sache lange Zeit die Mehrheit bildete. Ihm  
kommt in seinen Bestrebungen der Rittmeister v. Münchhausen, Abgeordneter in  
erster Kammer, der schon in seinem Wahlprogramm von 1848 in Stüve den Hort  
des Landes erblickte, auf seine Weise zu Hilfe, und sondirt die Abgeordneten des  
ländlichen Grundbesitzes, in wie fern sie etwa geneigt sein möchten, in der ersten Kam-  
mer den Grundbesitz ausschließlich vertreten zu sehen, und die übrigen gegenwärtig  
in erster Kammer vertretenen Interessen wieder in die zweite Kammer zu verweisen.  
(N. 3.)

**Hamburg, 1. Februar.** Der baldige Abzug des gesammten östereichi-  
schen Truppenkorps aus Holstein und Hamburg ist jetzt mit Sicherheit zu melden:  
der Tag, an welchem sich diese 15,000 Mann (eine Brigade von 3000 Mann stand  
bekanntlich nur kurze Zeit in Norddeutschland) in Bewegung setzen wird, ist freilich  
noch nicht mit Gewißheit anzugeben, dürfte jedoch sehr nahe sein, da heute Morgen  
bereits einige wichtige Militärfangene von Altona aus über den Wall nach dem  
hamburg-berliner Eisenbahnhofe geschafft wurden. Sie saßen im Wagen, Soldaten  
waren in und neben denselben zu bemerken. (Wesf. 3.)

**Hamburg, 3. Februar.** [Ankunft Reventlow's. — Gerüchte von Un-  
ruhen in Kopenhagen.] Graf Reventlow-Criminil ist von Kopenhagen in  
Kiel vorgestern wieder eingetroffen. Ebendaher berichtet man, daß von Wien bereits  
die Ordres zum Rückmarsch des österreichischen Armeekorps ergangen sind.  
Die Ausführung des Befehls wird natürlich einige Zeit in Anspruch nehmen.

Aus Kopenhagen ist die gestern Abend erwartete Post nicht eingetroffen. Dergleichen  
den Umständen nach nicht zu vermeidende Unregelmäßigkeiten kommen bei der dänischen  
Post zu häufig vor, als daß man im vorliegenden Fall gestern in Altona verbreitete  
Gerüchte über angeblich in Kopenhagen ausgebrochene Unruhen dadurch auch  
nur einigermaßen für gestügt erachten dürfte. (H. N.)

## Oesterreich.

\* **Wien, 3. Febr.** [Zwangs-Maßregeln.] Das Militärgouvernement sus-  
pendirt das Fremdenblatt bis zum 15. Februar. Die Ursache dazu ist: „Ungeachtet  
mehrmals wiederholter Warnungen gegen die Aufnahme von unstiftlichen, vorlauten und  
sonst unzulässigen Artikeln, hat die Redaktion des Fremdenblattes dennoch in ihrer  
Ausgabe vom 25. und 30. Januar wider alle jene vorausgegangenen amtlichen Wei-  
sungen erneuert verstoßen, indem sie theils mit seltener Taktlosigkeit, theils in der offen-  
baren Absicht, das Publikum zu mystifiziren, in dem ersten Blatte zu Freiburg ein  
Denkmal dem Franziskanermönch Berthold Schwarz, anstatt dem Geschichtschreiber  
Kottel errichten läßt, in dem letztern aber das abgeschmackte Gerücht von Befreiung  
verschiedener Civilämter, so wie die Direktion der k. k. Hofburgtheater durch hochge-  
stellte Generale, die es sogar zu nennen sich nicht entblödet, in Umlauf bringt.“

Da in der jüngsten Zeit vorgekommen, daß Individuen durch Ausstreuung falscher  
Gerüchte und Verächtlichmachung der Regierungsmaßregeln Unruhe und Besorgniß in der Bevöl-  
kerung zu erregen suchen, so hat sich der Militärgouverneur von Siebenbürgen, Fürst von  
Schwarzenberg, veranlaßt gesehen, in Bezug auf die für die Dauer des Belagerungszustan-  
des in Siebenbürgen bereits bestehenden Ausnahmegefeße erläuternd nachzutragen und zu  
verordnen: „Das kriegsrechtliche Verfahren findet statt: Wenn Jemand gedruckte oder ge-  
schriebene Proklamationen, oder wie immer geartete Anleitungen in revolutionärer Ab-  
sicht verbreitet oder zu verbreiten sucht. Wenn Jemand Briefe, gedruckte oder geschrie-  
bene Aufsätze politischen Inhalts einschmuggelt, oder derlei Briefe und Schriften beför-  
dert, wenn dies auch nur des Gewinns wegen, oder in einer anderen, jedoch nicht in  
der oben bezeichneten Absicht, Art und Weise geschieht. Wenn Jemand in seinem  
Hause oder in seiner Wohnung politisch kompromittirte Personen beherbergt oder den-  
selben Ueberstand giebt, ohne die vorschristsmäßige Anzeige bei der Obrigkeit zu ma-  
chen. Auf gleiche Weise wird behandelt, wer Wanderbücher, Reisepässe oder Passagier-  
scheine auf einen Andern vertauscht, verleiht oder sich einer falschen oder fremden derlei  
Urkunde bedient. Endlich wenn Jemand Waffen von was immer für einer Gat-  
tung einschmuggelt.“

## Frankreich.

**Paris, 1. Febr.** [Tagesbericht.] Ein Dekret bestimmt, daß die Dekoration  
der Ehrenlegion wieder die ursprüngliche Form erhalten soll, welche sie bei der Stiftung  
des Ordens durch den Kaiser hatte.

Oberst Baudrey ist mit Generals-Rang zum Gouverneur der Tuilerien ernannt.

Die „Patrie“ berichtet eben, daß das Wahlgesetz morgen im „Moniteur“ erscheinen  
würde. Es stelle prinzipiell die vollständigste Inkompatibilität auf zwischen dem Man-  
dat eines Repräsentanten und jedem vom Staate besoldeten Amte.

Der neue Staatsrath wird in wenigen Tagen insallirt werden. Die Kommissi-  
on der Konsultativkommission, welche mit den auf die Administration des Innern be-  
züglichen Fragen beauftragt war, sollte sich in dieser Woche versammeln, allein es wurde  
entschieden, daß die Angelegenheiten, mit denen sie sich zu beschäftigen habe, mit vollem  
Rechte in das Ressort der entsprechenden Sektion des Staatsraths gehören. Der Prä-  
sident wird der Inaugurierung des neuen Staatsraths, welche mit großem Prunk voll-  
zogen werden soll, beiwohnen.

Ein Dekret erteilt unbedingte Amnestie für alle Vergehen und Uebertretungen in  
den Bestimmungen der Schifffahrt und des Seefischfanges, welche bis zum 30. Jan.  
stattgefunden.

Ein anderes Dekret ernannt den General-Prokurator von Nancy, Seneca, zum  
Direktor der Begnadigungssektion im Justizministerium.

Ein „Eingefand“ des Kriegs-Ministers verweist alle Petitionen und Gesuche,  
welche täglich von ehemaligen Militärs eingereicht werden und sich auf Beförderung im  
Orden der Ehrenlegion oder auf Reklamirung rückständiger Legionärgehalte beziehen, an  
den Großkanzler des Ordens.

Der Saatsminister Casabianca hat den Testaments-Vollziehern des Königs Louis  
Philipp den Empfang ihrer Protestation gegen das Dekret vom 22. Jan. angezeigt.

Die von den Testaments-Vollstreckern des verstorbenen Königs unterzeichnete Kon-  
sultation, welche durch die belgischen Zeitungen veröffentlicht wurde, hat bei dem Elysee  
große Unzufriedenheit erregt. Strenge Ordres sind an sämtliche Gesandten von Paris  
und den Departements gegeben, den Abdruck davon in den französischen Zeitungen zu  
verhindern. Diese Konsultation ist übrigens bloß eine Appellation an die öffentliche  
Meinung und von diesem Standpunkte aus betrachtet, hat sie einen geschichtlichen



Werth; einen andern kann sie auch nicht erlangen, weil die Zeitungen über die Frage gar nicht verhandeln dürfen.

Lord Cowley ist definitiv an Stelle Lord Normanby's zum Gesandten in Paris ernannt.

Der Rechtsbeistand der Orleans ist seit Delangle's Austritt, welcher dafür Dupins Stelle erhalten hat, durch Zuziehung Barrots, Dufaur's, Batimesnits und Berrpers neu gestaltet. Dupin hat sich als Advokat einschreiben lassen; die erste Sache, welche er plaidiren wird, ist ein Prozeß der Familie Orleans.

Man spricht von einer Anleihe von 250 Millionen.

**Paris, 1. Februar.** [Eine englische Blokade.] Der ganze Golf von Benin in Afrika ist von den Engländern in Blokadezustand erklärt worden. Die darüber englischer Seite erlassene Erklärung lautet wie folgt:

„In Uebereinstimmung mit den Instruktionen Ihrer Majestät wird durch gegenwärtigen Akt angezeigt, daß durch mich eine Blokade über alle Häfen und Plätze (Bada gri ausgenommen) in der Bai von Benin von 1 bis 4 Länge-Grade verhängt wird, und daß kein Kauffarthenschiff vom 1. Januar ab mit den blockirten Häfen und Plätzen in Verkehr treten darf. Bruce, Kommandant der Seekräfte J. M. an der Westseite Afrika's.“

Der Semaphore äußert sich hierüber folgendermaßen:

Die englische Regierung hat die Westküste Afrika's vom Cap St. Paul bis zum Formosa-Fluß in Blokadezustand erklärt. Nur ein einziger Punkt, die englische Faktorei Badagri ist von dieser Maßregel ausgenommen, welche unserer Regierung und selbst unserer Handelskammer direkt notifizirt ward.

Die Bedeutung derselben aber ist, daß dadurch allen Nationen, besonders aber der französischen, die Fortsetzung ihres Palmöl-Handels abgeschnitten und der englischen Faktorei Badagri zugewiesen wird.

Da England nicht mehr das Durchsuchungsrecht hat, hat es das Blokade-Recht erfunden. Auch ein Fortschritt!

Die Vorwände Englands für die gegenwärtige Maßregel sind folgende. Die Eingebornen von Lagos befanden sich mit einem benachbarten Stamme im Streite und die Engländer intervenirten in diesem Negerkampfe, welcher ihnen dazu diente, um die ganze Küste, nicht bloß das Lagos-Land, sondern auch die Staaten von Dahome und Poppo, wo wir beträchtliche Niederlassungen haben, in Blokadezustand zu erklären, obwohl die letztgenannten Staaten in gar keiner Verbindung mit Lagos stehen. Die englische Maßregel ist also offenbar nicht gegen die Neger, sondern gegen uns gemünzt.

Wir sind nun begierig, was die europäische Diplomatie und namentlich unser Ministerium des Aeußern dazu sagen wird.

### Schweiz.

**Bern, 31. Januar.** [Die Falsch-Werberei.] Im Toggenburg fuhr neulich ein Wagen mit Salzfüßern und Kisten gemüthlich dahin, bis ein daneben wandernder Landmann hörte, daß die Fässer zu sprechen angingen. Auf gefühene Anzeige untersuchte man die Fracht und fand in den Fässern Stroh, im Stroh lebendiges Menschenfleisch: Summa 8 Söldlinge, die nach Feldkirch und Neapel reisen wollten. Der bekannte Werber, Pfauenwirth Weber aus Lachen, fuhr in einer Chaise voran. Werber, Fuhrmann, Söldner. — Alles wurde auf dem Bezirksamte wohlbehalten abgeliefert. Im Kanton St. Gallen haben während des verfloßenen Jahres 26 Falschwerber vor Gericht gestanden: 3 wurden freigesprochen, 4 sind noch unerledigt, 18 hatten Geldbußen von 50 bis 140 Gulden, zusammen 1290 Gulden, zu zahlen. (N. Ztg.)

## Provincial-Beitrag.

**§ Breslau, 4. Febr.** [Konstitutionelle Bürgerressource.] Die gestrige General-Versammlung war so zahlreich besucht, daß ein Theil des Publikums aus dem Saale des Königs von Ungarn nach den Gallerien auswandern mußte. In Abwesenheit des Hrn. Direktors Wiffowa führte Hr. Oberstaatsanwalt Fuchs den Vorsitz. Derselbe theilte den Beschluß des Vorstandes in Betreff der Lokalfrage mit, und erörterte zugleich die maßgebenden Gründe. Man habe das Springersche Lokal zu einer Zeit gewählt, in welcher noch kein besseres vorhanden war. Inzwischen sei ein neuer Saal entstanden, welcher nicht nur geräumiger und ansprechender, sondern auch in jeder Hinsicht vorthellhafter, als der bisherige sei. Der Vorstand konnte sich nicht verhehlen, daß der Wunsch vieler Mitglieder auf Verlegung der Konzerte und Versammlungen gerichtet war; er prüfte die Sache reiflich und fand, daß gegen den seitherigen Wirth der Gesellschaft weder eine rechtliche noch moralische Verbindlichkeit obwalte. Die Mitglieder des Vorstandes, welche demselben von Beginn der Gesellschaft ab angehört, wissen sich einer derartigen Verabredung nicht zu erinnern. Es wurde daher einstimmig beschlossen, die Konzerte während des Sommerhalbjahres bei Springer zu belassen, die Winterkonzerte dagegen im Kugnerschen Saale abzuhalten.

Hr. Polizeirath Werner bekämpfte diesen Vorstandsbeschluß, weil die Verlegung der Konzerte aus dem Springerschen Lokale in ein anderes weder nothwendig noch nützlich wäre, ja er erblickt sogar in diesem Schritte eine Gefährdung der ferneren Existenz. Von jeher habe die konstitutionelle Ressource den Zweck in den Vordergrund gestellt: den Sammelplatz der konservativen Elemente abzugeben. Der Vorschlag, welcher soeben zur Verachtung komme, drohe die Gesellschaft zu spalten. Aber auch die persönlichen Rücksichten gegen den Wirth müßten für das Verbleiben im bisherigen Lokale sprechen. Der Redner veräußerte nochmals die schon vielfach erwähnten Opfer, welche Hr. Springer der Ressource gebracht haben soll, wodurch er den Dank derselben verdient. Hierauf wurde von anderer Seite erwidert, daß auch der Wirth einer Gesellschaft für den Verdienst zu Dank verpflichtet sei.

Nachdem noch die Herren Ruthardt, Voigt, Fürst und Hahn mit Wärme für die Verlegung, die Herren Pedell, Werner u. A. ebenso entschieden dagegen gesprochen hatten, wurde mittelst Handaufhebens abgestimmt, und der Antrag des Vorstandes mit zwei Drittel Majorität zum Beschluß erhoben.

**Breslau, 4. Febr.** [Buchdruckerei.] Wie der „Gutenberg“ meldet, wies am Schlusse des vergangenen Jahres das gedruckte Mitglieds-Verzeichniß 156 Mitglieder nach (6 Prinzipale, 118 Seher, 38 Drucker). Von diesen 156 sind 68 Mitglieder verheirathet (4 Prinzipale, 38 Seher, 26 Drucker). — Aus dem gedruckten Nachweise über Einnahme und Ausgabe der Unterstützungskassen entnehmen wir Folgendes: Am

Schlusse des Jahres 1850 war außer dem Fonds von 2400 Thlr. preuß. Staatsschuld-Scheinen noch ein Kassenbestand von 146 Thlr. 16 Sgr. 4 Pf. vorhanden. Im Laufe des Jahres 1851 wurden durch die wöchentlichen Beiträge der Gehülfen (21mal à 5 Sgr., 31mal à 4 Sgr.) 1064 Thlr. 6 Sgr., durch die der obgedachten Herren Prinzipale 82 Thlr. 12 Sgr. aufgebracht. Zur Einnahme flossen ferner die Gebühren von 2 Freisprechen à 7 Thlr. = 14 Thlr., sodann die Inskriptions-Gebühren von 13 neuen Mitgliedern, à 20 Sgr. = 8 Thlr. 20 Sgr., ferner 168 Thlr. Zinsen der zum Fonds bestimmten 2400 Thlr. preuß. Staatsschuld-Scheine; so daß sich incl. des vorjährigen Kassenbestandes eine Total-Einnahme von 1483 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf. ergab. — Die Ausgaben weisen folgendes Ergebnis nach: Im Laufe des Jahres wurde an 40 kranke Mitglieder die Summe von 585 Thlr. verausgabt; 5 Invaliden erhielten dieses Jahr 443 Thlr. 15 Sgr.; Viaticum wurde 1851 an 217 Durchreisende gezahlt: 243 Thlr. 15 Sgr. Es starben im vergangenen Jahre 7 Mitglieder der Gesellschaft, zu deren Begräbniskosten statutengemäß 195 Thlr. gezahlt wurden. Das Krankenz-Hospital zu Allerheiligen erhielt 39 Thlr. 9 Sgr. Die Verwaltungskosten der vereinigten Unterstützungskassen betrugen 34 Thlr. 20 Sgr. 4 Pf. Die Total-Summe der Ausgaben belief sich daher im Jahre 1851 auf 1537 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf. Die Einnahme ergab nur 1483 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf., folglich ergab sich ein Minus von 54 Thlr. 5 Sgr., welches durch ein aufgenommenes Darlehn von 150 Thlr. gedeckt wurde, so daß die Bilanz 1633 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf. Einnahme und 1537 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf. Ausgabe ergab, demnach also ein Baar-Bestand von 95 Thlr. 25 Sgr. in Kasse verblieb. Total-Bestand der Unterstützungskassen der hiesigen Buchdrucker: 2400 Thlr. preuß. Staatsschuld-Scheine und 95 Thlr. 25 Sgr. Aktiva, dagegen 150 Thlr. Passiva. — Die Einnahme im Jahre 1850 war: 1582 Thlr. 6 Sgr. 4 Pf., also 98 Thlr. 12 Sgr. mehr als 1851; die Ausgabe im Jahre 1850 belief sich dagegen nur auf 1435 Thlr. 20 Sgr., also 102 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf. weniger als 1851. Eine so bedeutende Ausgabe-Summe hat noch kein Jahr, außer dem Jahre 1848, ergeben, in welchem überhaupt 1792 Thlr. 28 Thlr. 6 Pf. bei einer Einnahme von 1458 Thlr. 24 Sgr. aufgebracht werden mußten. 1848 betrug die Ausgabe für Kranke 965 Thlr. 20 Sgr., für Invaliden 376 Thlr., für das Krankenz-Hospital 34 Thlr. 6 Sgr., an Begräbniskosten 165 Thlr., Viaticum 227 Thlr. 10 Sgr., Verwaltungskosten 24 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. Während im Jahre 1848 das Krankengeld die höchste Summe ausmachte, sind es im verfloßenen Jahre die Posten: Viaticum, Begräbniskosten und Invaliden-Unterstützung.

**Breslau, 4. Febr.** [Straßenraub.] Am 1. d. M. Abends gegen 7 Uhr kehrte der Spizenhändler Bieweg, von Dels kommend, nach der Stadt zurück. In der Gegend von Carlowitz wurde derselbe von drei Räubern überfallen, welche den 63 Jahre alten Bieweg zu Boden warfen, auf eine furchtbare Art mißhandelten und ihm die bei sich habende Baarschaft im Betrage von etwa 17 Thln. raubten und den Bieweg hilflos auf der Straße liegen ließen. Der Beraubte ist so schwer verletzt, daß er sich hat in ärztliche Pflege begeben müssen. Bei dem Anfall waren die Räuber bewaffnet und drohten dem Beraubten, ihn zu erstechen, wenn er sich zur Wehr setzen würde. (Bresl. Anz.)

**△ Breslau, 4. Februar.** [Die Thätigkeit der Gemeinde-Kirchenrätthe als kirchliche Almoseniers.] Ist eines der Hauptgeschäfte dieses aus der neuen Kirchenordnung erwachsenden Institutes und wie wir aus ganz verlässlicher Mittheilung vernehmen, fangen die guten Früchte desselben auch in unserer Nähe zu reifen an. Es sollen nämlich die Kirchen-Gemeinderätthe der kombinirten Parochie Frauenhain-Hünern in unserem Nachbarkreise Ohlau der kirchlichen Armenpflege eine sehr lobenswerthe Sorgfalt zuwenden. Der hierzu erforderliche Bedarf ist, wie uns versichert wird, aus allen Ständen des Kirchspiels an Geld wie an Lebensmitteln zum Theil mit nicht geringen Opfern zusammen gekommen, und es wetteifern die Dominien mit den Rustikalen, eine der gesegnetsten und ältesten Einrichtungen der Kirche schon aus der apostolischen Zeit, die Diakonie für die Armen in der Gemeinde, wieder herzustellen.

**\* Schweidnitz, 3. Februar.** [Feuer. — Ende der Schwurgerichts-Sitzung.] Vorigen Freitag, Abends nach 7 Uhr wurde unsere Stadt durch Feuerlärm erschreckt. Aus dem Feuerignal ging hervor, daß das Feuer nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande sei, und kaum vernommen, daß es in dem benachbarten Schönbrenn brenne, strömten Tausende dem Feuerherde zu. Welch ein gräßlich schöner Anblick! Es brannte die erst vor zwei Jahren erbaute Zuckersiederei. Den gierigen Flammen Einhalt zu thun, war unmöglich, da dieselbe durch reiche Zuckervorräthe (wie wir hören, waren 350 Ctr. Zucker in Fässern verpackt, auf dem Lager) immer von Neuem Nahrung erhielt. Der brennende Zucker floß wie ein Lavaström an den Mauern herab, und hüpfte, auf dem Boden angelangt, in kleinen Flämmchen noch weit hin. So ist denn das große Fabrikgebäude niedergebrannt bis auf die Umfassungsmauern. Zum Glück ist kein Menschenleben dabei zu beklagen, was sehr leicht hätte der Fall sein können, da sämtliche Fabrikarbeiter zur Zeit als das Feuer ausbrach, in dem Gebäude beschäftigt waren. — Der Schwurgerichtshof hat vorigen Sonnabend seine Sitzungen geschlossen.

**(Notizen aus der Provinz.) \* Liegnitz.** Nicht allein das landbräutliche Amt hat zur lebendigsten Betheiligung an der schlesischen Industrie-Ausstellung aufgefordert, sondern dasselbe thut auch jetzt der Magistrat. Er zeigt an, daß man in dem Kammerei-Lokale sowohl auf die Vorschuß-Anleihe-Scheine subscribiren, als auch daselbst Anmeldungen der auszustellenden Gegenstände niederlegen könne, und schließt mit den Worten: „Es würde unserer Stadt zum Ruhme gereichen, wenn sich der Gewerbestand veranlaßt fände, recht zahlreich zu unterzeichnen.“ — Auch das hiesige „Stadtblatt“ fährt in anerkennenswerther Weise fort, aus den Berichten der Zeitungen über den Fortgang der Ausstellungs-Angelegenheit Auszüge zu liefern.

**† Hirschberg.** In unserer Stadt, so wie in der Umgegend derselben werden in den nächsten Tagen mehrere bemerkenswerthe musikalische Aufführungen stattfinden. So wird hier am 14. Februar der Tschiedel'sche Gesangverein zur Feier seines 10jährigen Bestehens „das Weltgericht“ von Schneider unter Mitwirkung vieler auswärtiger Sänger aufführen; ferner wird auf den 5. Februar der Männer-Gesang-Verein zu Meßersdorf die „Gesellenfahrten“, das ist: „anmuthige und kuriose Historie“ (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.



## Beilage zu No. 36 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 5. Februar 1852.

(Fortsetzung.)

von fünf wackeren Handwerksburschen", komp. von J. Otto, aufführen, und endlich am 6. der Gesangsverein zu Friedeberg a. N. ein großes Konzert veranstalten, wobei die Ouvertüre zur Zauberflöte, ein Hymnus und ein Cyclus von 12 Männergesängen („Im Wald“) zu Gehör gebracht werden sollen. — Auch der hiesige Magistrat fordert zu einer recht lebhaften Betheiligung an der schlesischen Industrie-Ausstellung auf.

Δ Greiffenberg. Der hiesige Magistrat macht auf die schlesische Industrie-Ausstellung aufmerksam und fordert zu einer zahlreichen Betheiligung an dem gemeinnützigen und provinziellen Unternehmen auf, indem er bemerkt: daß die näheren Bestimmungen hierüber bei dem Bürgermeister Herrn Auerwald erfahren werden können.

— Oppeln. Der hiesige Frauenverein hatte im vorigen Jahre eine Einnahme (inclusive des Bestandes) von 167 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. Dagegen verausgabte er für Medicamente 77 Thlr. 10 Sgr. 2 Pf., für Armenhilfe 32 Thlr. 24 Sgr. und für Druck- und Verlosungskosten 6 Thlr. 25 Sgr., im Ganzen also 116 Thlr. 29 Sgr. 2 Pf. Es blieb also am Schlusse v. J. ein Bestand von 50 Thlr. 18 Sgr. 4 Pf., wozu bereits im Monat Januar ein Zuschuß von 59 Thlr. 25 Sgr. gekommen ist durch eine von der hiesigen Ressourcen-Gesellschaft veranstaltete Auktion von Geschenken. — Dienstag den 3. Februar wird hier zum Besten der städtischen Krankenhauss-Kasse getanzt, indem ein Subskriptionsball im „Sächsischen Hofe“ für diesen Zweck veranstaltet wird. Warum nicht? Mancher tanzt ja so lange, bis er in das Krankenhaus getragen wird, warum soll er nicht auch einmal zum Besten dieser Kasse tanzen? Bemerkenswerth ist bei dieser Subskriptions-Ball-Anzeige die Notiz: „die Domestiken sind von diesem Vergnügen ausgeschlossen.“

§ Glaz. Der hiesige Magistrat erläßt eine Ansprache an die Gewerbetreibenden und Industriellen hiesigen Kreises, um sie zu einer lebhaften Betheiligung an der schlesischen Industrie-Ausstellung zu bewegen, zugleich erklärt er sich aber auch bereit, nicht allein jede nähere Auskunft zu geben, sondern auch die Vermittelung zwischen dem Direktorium zu Breslau und den Ausstellern zu übernehmen. So ist es recht! Hier geht die That mit dem Wunsche Hand in Hand. — Ferner erläßt der Vorstand unseres landwirthschaftlichen Vereins (die Namen dieser Männer mögen verdientermaßen hier Platz finden, es sind die Herren Freiherr von Humbracht, Th. Freiherr v. Zedlig-Neukirch, L. Freiherr v. Falkenhäusen, Martin) an das landwirthschaftliche Publikum eine Ansprache, um dasselbe zur Besichtigung der Industrie-Ausstellung zu ermuntern. Die Ansprache bezeichnet unter anderen höchst zweckgemäß die Gattung der Gegenstände, deren Ausstellung besonders wünschenswerth ist. Der betreffende Passus möge hier wörtlich angeführt werden. Er lautet: „Samereien aller Art, — Runkelrüben-Zucker, — Stärke, — Rapsöl, — Flachs, — Gespinnst, — Leinwand (gebleicht und ungebleicht), Wollstoffe, — Käse, — landwirthschaftliche Maschinen etc. Die Uebersendung auszustellender Gegenstände hat Herr Agent Hoffmann übernommen, sofern es Aussteller nicht vorziehen, die Gegenstände unmittelbar dem Gewerbeverein zu übersenden. Alle Aussteller wollen aber möglichst bald entweder dem Gewerbe-Verein unter der Bezeichnung „Industrieausstellungsangelegenheiten“ oder uns die auszustellenden Gegenstände, mit Anmerkung des erforderlichen Raumes, anmelden.“

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ Breslau, 4. Febr. [Versammlung des kaufmännischen Vereins.] Seit dem Stiftungsfeste, welches der Verein am 22. v. M. feierte, fand gestern Abend die erste Sitzung im großen Saale des Café restaurant statt, zu der auch Nichtmitgliedern der Zutritt gewährt wurde. Es galt nämlich einem die Kaufmannschaft aus tiefste berührenden Gegenstände, der Bildung eines Handelschiedsgerichts, auch in weiteren Kreisen den nöthigen Anklang zu verschaffen. Der Vortrag des Hrn. Justizrath Gräff, schon in einer der früheren Sitzungen angekündigt, bot dazu die passendste Gelegenheit. In Folge dessen war die Versammlung zahlreicher denn sonst besucht.

Dr. Justizrath Gräff bemerkte in der Einleitung, wie er aus einem Zeitungsreferat den Wunsch des Vereins, ein Schiedsgericht der gedachten Art ins Leben zu rufen, erleben und sich deshalb zur Beleuchtung dieser Angelegenheit gegen den früheren Vorsitzenden, Hrn. Kaufmann Hammer, erhoben habe. Der Idee des Handelschiedsgerichts immer mit Interesse folgend, und deren endliche Ausführung wünschend, hatte der Redner als Syndikus der hiesigen Kaufmannschaft bereits vor mehreren Jahren das Reglement für ein solches Institut entworfen, und es ist nun Alles hinlänglich vorbereitet, um dasselbe zu errichten. Bevor er jedoch zur Darlegung des gegenwärtigen Sachverhalts schreitet, schickt er Folgendes über den historischen Gang voraus.

Von der Gesetzgebung aller Völker sind die aus dem Handelsverkehr entspringenden Rechtsstreitigkeiten nicht ausschließlich den gelehrten Gerichten zugewiesen. Dies hat seinen Grund in der Beziehung des Handelsverkehrs zur Gesetzgebung, in der eigenthümlichen Beschaffenheit des ersteren, welche denen, die nicht im Handelsstande groß geworden, das Verständnis kaufmännischer Urkunden und Korrespondenzen erschwert. Was jedem Kaufmann geläufig, die Buchführung, die Rechnung des Courtes etc., erscheint dem Nichtkaufmann voller Schwierigkeiten. Da es dem gelehrten Richter in solchen Fällen meist an klarer Anschauung fehlt, so folgen dann höchst besorgliche Entscheidungen.

Die Rechtsverhältnisse des Handelsstandes ändern sich fast mit jedem Tage, sie sind oft so flüchtig und unersaßbar, daß die Gesetzgebung dieselben unmöglich vorsehen kann. Oft hinkt die Gesetzgebung erst nach, wenn die vorübergehenden, ihrer Zeit doch rechtsgültigen Uebsancen sich bereits abgenützt haben. Es war es mit dem Aktiengesetz. Das preussische Landrecht von 1794 kannte die Aktien wenig oder gar nicht, am allerwenigsten als lettres au porteur, und erst das Jahr 1843 brachte ein den Aktienhandel regulirendes Gesetz. Eben so wenig kannte man zu jener Zeit den Handel mit Papieren und Effekten, Pfandbriefe und Seehandlungsscheine waren fast die einzigen gangbaren Papiere.

Für den Gesetzgeber ist namentlich die Beurtheilung des sogenannten Gewohnheitsrechts kaum erreichbar. Gleichwohl wird in der kaufmännischen Welt den auf bestehendem Brauch gestützten Abkommen vollkommen bindende Kraft beigelegt. Vor dem Richter ist sie aber in dieser Hinsicht jedes Schutzes entblößt, weil es ihm an den gesetzlichen Waffen fehlt. In einer Entscheidung des Obertribunals wurde sogar ausgesprochen, daß jedes Geschäft seine besonderen Uebsancen habe, die nothwendiger Weise in den betreffenden Schriftstücken erwähnt werden müssen, wenn sie auf die richterliche Entscheidung von Einfluß sein sollen.

In neuerer Zeit ist nun das Bedürfnis nach Handelsgerichten immer mehr hervorgetreten. Die erste Bahn brach der code napoleon, welcher die Handelsverhältnisse mit dem code commerce bedachte. Nach ihm wurden die Handelsgerichte von den sogenannten Notabeln des Handelsstandes gewählt und diese Institute überall hin verpflanzt. Darin liegt eben der Unterschied zwischen seiner Gesetzgebung und der unsrigen. Napoleon führte seinen code allerwärts ein, wo er seine Herrschaft aufschlug, während bei uns in neu erworbenen Provinzen die bestehenden

Gesetze möglichst aufrecht erhalten werden, wodurch eine nachtheilige Verschiedenheit in der Gesetzgebung eintritt. Nach dem Muster der französischen Handelsgerichte verblieben ähnliche Einrichtungen in Spanien, Holland, Belgien, dem größten Theile Italiens und selbst auf dem linken Rheinufer Preußens.

Die preussische Gerichtsordnung vom Jahre 1793 verordnete zwar bei schwierigen Rechtsfällen im Gebiete des Handelsverkehrs die Zuziehung von Sachverständigen, dem Redner ist aber während seiner fast 30jährigen Praxis kein Fall vorgekommen, in welchem die angelegene Bestimmung erfüllt worden wäre. In Danzig, Elstet und Stettin sind seit langer Zeit die sogenannten Kommerzkollegien eingeführt, bei denen allerdings Sachverständige, aber nur mit beratender Stimme fungiren.

Indes wurde das Bedürfnis nach gesonderten Handelsgerichten allgemein anerkannt, und im Juni 1840, kurz nach der Thronbesteigung des Königs, erschien ein Gesetz, welches deren Organisation für das ganze Land in Aussicht stellte. Das Gesetz wurde sämmtlichen Gerichten und Verwaltungsbehörden und von diesen auch der hiesigen Kaufmannschaft zur gutachtlichen Aeußerung übergeben. Man sprach sich größtentheils dagegen aus, obwohl auch eine bedeutende Minorität dafür war. Die hiesige Kaufmannschaft erklärte sich nicht gegen die Sache selbst, wohl aber gegen die Einführung von Handelsgerichten, bevor ein Handelsgesetzbuch und eine neue, einfachere Konkursordnung emanirt würde. In dem von der Kaufmannschaft erstatteten Berichte wurde namentlich auf Erledigung dieser Angelegenheit gedrungen.

Nachdem alle Gutachten eingefordert waren, unterlag das Gesetz der Berathung des Staatsrathes. Als im Dezember 1845 die Wechselkommission in Berlin zusammentrat, welcher die vier Handelskammer-Präsidenten der Rheinprovinz, unter ihnen der jetzige Minister v. d. Heydt, sowie der Redner selbst angehörten, äußerte dieselbe ihre Ansicht dahin, daß die Handelsgerichte nur aus Kaufleuten bestehen möchten, jedoch mit einem rechtsverständigen Direktor für die formelle Geschäftsleitung. In ganz veränderter Gestalt ging das Gesetz am 3. April 1847 aus den Beratungen des Staatsraths hervor und setzte fest, daß lediglich an bedeutenden Handelsplätzen auf den ausdrücklichen Wunsch der Kaufmannschaft oder Handelskammer gesonderte Handelsgerichte zu bilden wären. Ferner bestimmte das Gesetz die Organisation, die Kompetenz und das Verfahren derartiger Institute.

Das Gesetz kam auch zu Händen der geordneten Kaufmanns-Altesten unserer Stadt und wurde hinsichtlich seiner Anwendbarkeit für die breslauer Handelsverhältnisse genau geprüft. Von den näheren Bestimmungen interessirte zunächst die Zusammensetzung des Gerichts, welches aus 1 rechtsverständigen Direktor, 2 rechtsverständigen Beisitzern und 4 sachverständigen Kaufleuten bestehen sollte. Man erblickte hierin schon eine Konzession. Da jedoch nur die Anwesenheit von 3 Richtern zur Beschlußfähigkeit erforderlich war, so hatte man keine genügende Garantie für die Majorität der Kaufleute. Ferner hielt man die Mitwirkung so vieler Juristen für nachtheilig, weil sie den Gang der Debatte durch zahlreiche fremde Kunstausdrücke dem Kaufmann leicht unverständlich machen würde. Endlich erweiterte die neue Gesetzgebung die Kompetenz der Handelsgerichte in dem Maße, daß es jedem Mitgliede aus dem Handelsstande schwer werden müßte, den an ihn gestellten Ansprüchen nachzukommen. Sie wollte auch die Entscheidung über Konkurs- und Erbschafts-Angelegenheiten dem Handelsgerichte anheimgeben, während die französischen diese den ordentlichen Gerichten überlassen. Es hieß aber einem Kaufmann, welcher Geschäfte betreibt, zu viel zumuthen, sich den zeitraubenden Prozessen gedachter Art zu widmen. Mit Rücksicht auf die hervorgehobenen Bedenken erfolgte bei uns die Ablehnung des durch das Gesetz vom 3. April gestatteten Handelsgerichts. Bisher ist dasselbe übrigens noch nirgends eingeführt.

Dagegen war man hier dafür, nach dem Vorgange Stettins ein Handelschiedsgericht zu bilden. Im Juli 1847 wurde eine General-Berathung der Kaufleute berufen, welche eine Kommission mit nöthigen Vorarbeiten betraute. Die Beratungen boten mancherlei Schwierigkeiten dar, und die Verhandlungen mit dem Stadtgericht zogen sich in die Länge, bis im Februar 1848 eine günstige Antwort erfolgte. Schon sollte zur Konstituierung des Schiedsgerichts geschritten werden, da brach die franz. Februar-Revolution aus, und die Sache blieb bis heutigem Tages unerledigt, weil man dieselbe mit der Korporationsangelegenheit zum Austrag bringen wollte. Die neuerdings wieder angeregte Korporationsfrage befindet sich aber ebenfalls noch in der Schwebe, und die ganze Arbeit, deren Ergebnisse gedruckt sind, wäre erfolglos, wenn die Handelskammer den vollständig fertigen Plan nicht in die Hand nehme.

Die Idee des Handelschiedsgerichts läßt sich auf den Gedanken zurückführen, welcher jedem Schiedsgerichte zu Grunde liegt. Der Staat zählt zu seinen Hoheitsrechten die Gerichtsflage, in jeder Gesetzgebung wird aber den Parteien überlassen, sich einem Schiedsgerichte zu unterwerfen, dessen Anspruch von den ordentlichen Gerichten vollstreckt wird. Hier handelt es sich nur noch um Bildung eines Kompromisses unter den Betheiligten. Nach dem entworfenen Reglement sollte das Genossenschafts-Gericht aus der Wahl sämmtlicher Kaufleute Lit. A. hervorgehen, 18 Mitglieder zählen, wovon 5 die beschlußfähige Anzahl war, und ein juristischer Beisitzer, jedoch nur mit konsultativer Funktion den formellen Geschäftsleiter. Die Appellation war in einzelnen aufgeführten Fällen, und zwar nur bei einem Diktate über 50 Thlr. zulässig, wodurch ein kürzeres und weniger kostspieliges Verfahren bezweckt wurde.

Die Vortheile, welche das Handelschiedsgericht den Kaufleuten bieten würde, bestehen in Folgendem: a) Beurtheilung ihrer Rechtsstreitigkeiten durch sach- und fachkundige Standesgenossen nach bestem Wissen und Gewissen, also eine Uebersetzung des Geschworenen-Instituts auf das gewerbliche Leben. Nicht der todte Buchstabe des Gesetzes, sondern die lebendige Uebersetzung wird ihr Recht sprechen. b) Beschrankte Appellation. c) Große Kostenersparniß. Die Kosten für zur Erhaltung des Gerichts sind nämlich sehr unbedeutend: bei einem Quantum bis zu 500 Thlr. 2 pCt., bis zu 1000 Thlr. 1 pCt., bei mehr als 1000 Thlr. ½ pCt. etc. Stempelgebühren werden nicht entrichtet, da die Ausfertigungen nicht auf Stempelbogen erfolgen. d) Schnelligkeit der Entscheidung. e) Größere Leichtigkeit des Vergleichs, zumal die Parteien sich eher vor Gericht begegnen werden.

In Stettin ist die Einrichtung etwas anders. Dort vereinigen sich am 1. Mai 1847 ungefähr 282 Firmen zur Bildung eines Schiedsgerichts aus 20 Handeltreibenden und 6 sachverständigen Richtern, auch die Appellation ist von der hier angenommenen verschieden. Hier wie dort sollten sich die Affoziierten vor allen Anderen, mit Ausnahme der nicht beigetretenen Kaufleute Lit. A., vor dem Schiedsgerichte belangen lassen, der Vertrag, welcher die Interessenten bindet, aber nur auf ein Jahr abgeschlossen werden. Für Breslau würde das Gericht nur dann eine Bedeutung gewinnen, wenn sich mindestens ein paar hundert Kaufleute dabei betheiligten.

Noch einen Punkt erwähnte der Redner nachträglich, weshalb die vom Staate angebotenen Handelsgerichte hier abgelehnt wurden: es war die Ausschließung der jüdischen Mitglieder. Mit dem Jahre 1848 glaubte man dieses Bedenken beseitigt, es ist aber neuerdings wiederum der Zweifel aufgetaucht, ob Juden als Richter fungiren sollen. In dem Berichte der hiesigen Kaufmannschaft hieß es seiner Zeit, daß die Interessen des gewerblichen Verkehrs mit dem Glaubensbekenntnis in keinerlei Beziehung stehen, und daß man die Annahme der Handelsgerichte von der Emanation eines Handelsgesetzbuchs und der Zulassung nicht-christlicher Kaufleute abhängig mache. Schließlich empfahl der Redner den Gegenstand der aufmerksamsten Beachtung der Handelskammer und sämmtlicher Betheiligten.

Der Präsident des Vereins, Dr. Kaufmann Roder, stattete dem Vortragenden den wärmsten Dank der Versammlung ab. Nachdem die Herren Friedenthal und Sturm die Gründe mitgetheilt, welche die Handelskammer von der Verwirklichung des viel besprochenen Planes zurückgehalten, entspann sich noch eine kurze Debatte. Hierauf trennte sich der Verein, um in einer der nächsten Sitzungen die Berathung derselben Angelegenheit weiter fortzusetzen.

§ Breslau, 4. Febr. [Für die schles. Industrie-Ausstellung] sind ferner angemeldet worden von:

N. Sachs (Rum-, Spritz- u. Liqueur-Handlung) zu Glaz: ein Sortiment seiner Fabrikate.



Chirurg. Instrumentenmacher und Bandagist G. Schmidt zu Breslau: Mehrere seiner Arbeiten.

Korbmacher Demmich zu Breslau: eine Epheulaube aus 8 Theilen nebst einem runden Tisch und 4 Stühlen.

Feilhauer Beermann hier: ein Glaslästchen mit Feilen.

Dieses Erben hier: 1) Ein Springbrunnen mit Bassin in die Mitte des Glasgebäudes mit einem 20—30 Fuß hohen starken Wasserstrahl aus Bleiröhren; 2) eine Hauspumpe, welche alle Stockwerke mit Wasser versieht; 3) eine Bierpumpe, welche das Bier aus dem Faß im Keller in das Parterre-Lokal pumpt; 4) ein Sprachrohr durch das ganze Ausstellungsgebäude von einem Ende zum andern.

Handschuhfabrikant Frig hier: mehrere Gegenstände seiner Fabrik.

Fischlermeister Hartig hier: ein Damen-Bureau von Mahagoni.

Pfefferküchler-Kelsterer Hipauf hier: einen Pfefferkuchen 8 Fuß lang, 4 Fuß breit. Diverse Chocoladen.

Berichtigung. In der gestr. Zeitung soll es bei der Anmeldeungs-Notiz des Uhrmacher Ferd. Schade statt: Verzehrungssystem — Verzahnungssystem heißen.

**Kalisch, 30. Januar.** [Kein Verbot der Ausfuhr!] Die Zeitungen haben schon seit Wochen des in Polen verbreiteten Gerüchtes Erwähnung gethan, daß die Getreideaufuhr aus Polen und Rußland verboten werden würde. Aus diesem Gerüchte ist nun wahrscheinlich die neuere Nachricht deutscher Blätter, daß ein solches Verbot wirklich erfolgt sei, entstanden. Es ist aber bis zur Stunde in Polen kein kaiserlicher Ukas bekannt gemacht worden, welcher die vielen hiesigen Konsumenten allerdings unerwünschte Getreideaufuhr verbietet. Die Hauptaufuhr Polens besteht in dem bedeutenden Getreidehandel mit Danzig, und wenn nun dieser Handel auch gegenwärtig, wo die Weichsel nicht schiffbar ist, manche Unterbrechung erleidet, so wird derselbe beim Eintreten der milden Jahreszeit neues Leben gewinnen, denn die danziger Getreidehändler haben für das Frühjahr auf dem warschauer Markte bedeutende Lieferungen abgeschlossen, und zwar fast ausschließlich in Weizen, an welchem Polen auch in diesem Jahre Ueberfluß hat, so daß ein Verbot dieses Produktes gar nicht zu befürchten ist. — Nach rigaer Handelsbriefen, welche nach Polen gelangt sind, war die letzte Flachsernte in ganz Rußland eine außerordentlich ergiebige. (Kor. Bl. a. B.)

**† Breslau, 4 Februar.** [Produktenmarkt.] Mit jedem Tage gehen die Preise in Folge gänzlich mangelnden Abzugs, an fast allen Märkten mehr zurück; — ein Umstand, der geeignet ist, die Ansicht zu reifen, daß die ganz enormen Preissteigerungen nichts weiter als Börsenmanipulationen waren, denen der wirkliche, anscheinend zum größten Theil befriedigte Bedarf einzelner Nachbarstaaten zum Opfer fiel.

Wir halten es für nicht überflüssig, darauf aufmerksam zu machen, daß das namentlich von den Herren Produzenten der berlin-stettiner Hauffe-Partei anvertraute Interesse lediglich dem Zwecke der legieren gedient hat, die sich nach bestmöglicher Regulierung ihrer an sich gebrachten Schlüsse, jetzt vom Schauplatz zurück zu ziehen sucht. Ein ferneres, vielleicht wesentliches Nachgeben der Preise dürfte somit in Kurzem zu erwarten sein.

Das Geschäft an unserem Markt war heute noch lebloser als gestern. Weizen weißer, war nicht über 60—73 Sgr., gelber nicht über 62—72 Sgr., nach Qualität zu verwerthen. Roggen erreicht in den besseren Sorten nicht über 64—66 Sgr. Gerste 41—47 Sgr. Hafer 28—32 Sgr. Erbsen 54—62 Sgr. pro Scheffel.

Von Delsaaten war nichts angeboten. Kleesaamen bleibt in guter Frage und zu den zuletzt gemeldeten Preisen; rother 12—18 1/2 Rtl., für weißen 9—14 Rtl. wurde rasch gekauft.

Rübsil sehr still, loco 9 1/2 Rtl. bezahlt, per April-Mai 10 Rtl. Gld.

Spiritus ebenfalls matt, loco 12 1/2 Rtl. Br., April-Mai 13 Rtl. Gld.

Zink loco 4 1/2 Rtl. Br.

#### Wasserstand.

Oberpegel. Unterpegel.

Am 4. Februar: 16 Fuß — Zoll. 5 Fuß — Zoll.

**Berlin, 3. Februar.** Weizen loco 64—69 Rtl. 89 1/2 Pfd. ordin. bunter nasser zu 67 verkauft. Roggen loco 59—62 Rtl., 84.85 Pfd. vom Boden zu 59 Rtl. pr. 82 Pfd. begeben, pr. Februar 59 Br. Frühl. 60 1/2 Br., 60 vert. u. Gd. Gerste, gr. 40—42, kl. 38—39 Rtl. Hafer loco 27—28 1/2, pr. Frühl. 48 Pfd. 28—27 1/2, nom., 50 Pfd. 29—28 1/2 Rtl. nominell. Erbsen 50—54 Rtl. Rapssaat, Winter-Raps 69—67, Winter-Rübsen 68—66 Rtl. Sommer-Rübsen 54—52 Rtl. Rübsil loco pr. Febr. 10 Br. 9 1/2, Febr.-März 10 Br. 9 1/2 vert., 9 1/2 Gd. Spiritus loco ohne Faß 26 1/2 bez. u. G. mit Faß pr. Febr. 26 1/2 bez., Febr.-März 26 1/2 Br., 26 1/2 bez. u. Gd., März-April 27 1/2—1/4 Br., 27 1/4 bez. u. Gd., April-Mai 28 1/2 bis 28 vert., 28 Br., 28 Gd.

**Stettin, 3. Febr.** Weizen stille, ohne Kauflust. Roggen matt, loco u. pr. Febr. 59 Rtl. Br., pr. Frühl. 60 1/2—60 Rtl. bez., 60 1/2 Rtl. Br. u. Gd. Gerste, große pr. Frühl. in Regalirung 40 1/2 Rtl. bez., 41 Rtl. Br., Hafer 50 Pfd. pr. Frühl. 27 Rtl. bez. u. Br., 52 Pfd. 28 Rtl. Brief. Erbsen, kleine Koch-, loco 49 Rtl. bez., pr. Frühl. 52 1/2 Rtl. bez., 52 Rtl. Br. Rübsil, zu weichen Preisen starker Umsatz, loco 9 1/2 Rtl. Br., pr. März-April 9 1/2 Rtl. bez. u. Gd. Spiritus behauptet, am Landmarkt ohne Faß 13 1/2 pSt. bez., loco ohne Faß 13 1/2, 13 1/2 pSt. bez. pr. Febr. 13 1/2 pSt. Gd., pr. Frühjahr 12 1/2—1/4 pSt. bezahlt, 12 1/4 pSt. Br., 13 pSt. Gd., pr. Juni-Juli 12 pSt. Gd. Zink pr. Frühjahr 4 1/2 Rtl. bez. Rigauer Leinsamen 11 1/4 Rtl. bez.

**London, 30. Januar.** Indigo. Die Deklarationen bestehen im Ganzen aus 14,514 Loosen, von denen 13,311 Loose im Katalog A. und 1203 Loose im Katalog B. Von dem in ersteren aufgeführten Quantum sind ca. 5000 K. zum erstenmale aufgestellt, der ganze Rest aber schon durch frühere Auktionen passirt. — Dem Sortiment nach enthält Katalog A. ca. 10,600 K. Bengal, Benares, ic., 600 K. Dube- und Feigen-Indigo, 1300 K. Madras, 600 K. Kurpah- und Vizigipatan. Das im B.-Katalog aufgeführte Quantum enthält, wie gewöhnlich, nur Restanten aller Art. — Indigo in Suronen. Vorgefunden kamen 54 Sur. Guatimala neuer Importation zum Verkauf. Die Qual. war zum Theil ausgezeichnet schön und die Konkurrenz für die Sobres sehr lebhaft, wobei die bisherigen Preise sehr oft überschritten wurden. Man zahlte gut und fein Sobres 4 s 6—4 s 10 d, Sobres Cortes 4 s 2—4 s 4 d, Cortes für Export 3 s 6—4 s 1 d, do. für Consumo 2 s—3 s 11 d. Cortes sind unverändert im Werthe.

### Mannigfaltiges.

— 2 Friedrich von Logau (lebte 1604—1655) besang die Schlesiener!

Ihr sagt, der Schlesiener soll nicht ganz bösslich sein?

Ihm will das Schmeicheln nur und Heucheln nicht recht ein.

Das hat sich sehr, äußerst sehr geändert. Jetzt müßte es heißen:

Der Schlesiener ist bösslich, feils artig bei der Hand;

Doch wollt Ihr auf ihn bauen, dann baut Ihr meist auf Sand.

— 2 Schorf ist die Antwort, die Galiläa auf die Frage gab: Was nützt die Mathematik?

Sie lehrt messen, wägen, zählen. Messen die Dummköpfe, wägen die Idioten, zählen beide.

— 2 Wornach berechnet man die Moralität einer Stadt? — Ein im vorigen Jahrhundert in Breslau erschienenes fliegendes Blatt giebt dafür folgende Maßstäbe an, die auch jetzt noch vollständig sind und wozu ich noch einige neue füge: 1) die Anzahl der jährlichen Prozesse, besonders Kriminal-, Injurien-, Konkurs- und Ehescheidungs-Prozesse; 2) der Besuch des Thea-

ters, der Gauflerbuden, der Kneipen und Tanzböden; 3) die Anzahl der Hingerichteten und wegen gemeiner Verbrechen zu Festungs- und Zuchthausstrafe Verurtheilten; 4) die Anzahl der Selbstmörder; 5) die Zahl der an Schwindsucht, Weinrausch, Gift, Syphilis, Epilepsie, Stürbösen und kankrischen Schäden Erkrankter und Gestorbener; 6) die Zahl der Ärzte, Advokaten und — Polizisten; 7) die Zahl der neugeschlossenen Ehen; 8) die Prostitution; 9) die unehelichen Kinder; 10) die Straßenbettel; 11) die Leierkasten; 12) die Puffhandlungen.

— (Eine nordamerikanische Anschauung von Deutschland.) Peter Parleys Geography for beginners ist ein Lehrbuch der Geographie, welches in den Schulen der nordamerikanischen Freistaaten gegenwärtig vielfach gebraucht wird. In dieser, 160 Seiten umfassenden, mit zahlreichen Holzschnitten versehenen Geographie wird Europa auf 24 Seiten abgehandelt; auf drei Seiten werden Deutschland, Holland und die Schweiz abgehandelt, wovon 12 Seiten auf Deutschland kommen! Der Abschnitt beginnt mit den Worten: „Deutschland liegt nördlich von der Türkei.“ Darauf folgt eine Charakterschilderung der Deutschen: „Die Deutschen sind sehr erfindsam in Manufakturen; sie sind große Musiker, und Viele von ihnen sind gelehrte Schüler. Das Land ist sehr bevölkert und reich an glänzenden Städten. In vielen Theilen desselben sind tiefe, düstere Wälder, wo eine große Menge Pech verfertigt wird.“ Darauf bezieht sich nun der einzige zu Deutschland gehörige Holzschnitt, welcher vorstellt, wie zwei selbstsam gekleidete Personen Pech fabriziren. Das ist also das Hauptgeschäft, was die nordamerikanischen Schüler über unser Vaterland erfahren, daß die Deutschen — viel Pech haben.

— Wie weit der religiöse Aunnn heut zu Tage da und dort schon getrieben, zeigt folgende Geschichte: „Am Sonntag, 28. Dezbr., machten die sogenannten Bäckler (eine religiöse Sekte im Oberamtsbezirk von Ulm) einen Himmelfahrtsversuch. Bäckle, das Haupt dieser Sekte, zog Nachmittags 2 Uhr mit seiner Schaar nach der Sandgrube bei Hallsbhausen. Sie bildeten einen Kreis, in dessen Mitte ein Frauenzimmer von einigen zwanzig Jahren aus Gnanbeuren sich stellte und — bei hellem Tageslicht und einer Kälte von 5 Grad — vor den Augen der sie umgebenden Heiligen nach und nach bis aufs Hemde sich auszog. Bäckle, der in einen warmen Mantel gehüllt gemüthlich zusah, hatte ihr weiß gemacht, sie werde gen Himmel fahren. Nun stimmten Alle den Lobgesang an und sangen drei Viertelstunden lang in Einem fort nichts Anderes, als: „Hallelujah!“ Nun ergreift die Neubauerin das Wort und spricht mit erhobenem Blick und Finger: „Der Herr hat gesagt: Ich bin aufgeföhren gen Himmel und sitze auf dem Throne Gottes zur rechten Hand: so wirkt auch Du, mein Bäcklerlein, sigen und singen ein ewiges Hallelujah!“ Kaum gesagt, so ging wieder das Hallelujah drei Viertelstunden lang los. Die Neubauerin spricht weiter: „Herr! Du hast mich jederzeit erhört.“ Man singt wieder. Das arme Frauenzimmer, beinahe nackt im Schnee stehend, vergeht schier vor Frost, sie klappert mit den Zähnen, jedoch Bäckle feuert sie an, bis endlich — der Polizeibediener erscheint und dem Spektakel ein Ende macht. Die gebückte Fromme zieht unter den Worten: „Herr, es ist hart, aber aushalten will ich“, sich wieder an. Die Schaar begiebt sich nach Hause. Am 2. Januar, als sie zur Reise nach Ulm sich anschickte, wohin sie vom Oberamt beschieden war, versammelten sie sich im Bahnhofgebäude, baten um die Erlaubniß, ein Lied zu singen, und sangen mit einer unaussprechlichen Inbrunst, während das gottlose Volk draußen zuhörte und lachte.

— In Alost und mehreren belgischen Städten sind in der letzten Zeit viele falsche preußische Zehngroschen-Stücke in Umlauf gewesen. Die Polizei hat eine Menge derselben konfisziert und ist thätig, die Falschmünzer zu entdecken.

— In Paris concertirt wieder der Pianist Herg, der sich von seiner transatlantischen Reise erholt zu haben scheint, mit — kalifornischen Polkas und Meeresschaumwalzern.

— In dem Departement Calvados in Frankreich zählt man wenigstens 50,000 Spitzen-Flüpplerinnen und Stickerinnen auf Felle, von denen 15,000 auf den Bezirk Bayeux, und auf jeden der Bezirke Falaise, Lisieux und Pont l'Éveque 10,000 kommen. Sie produciren jährlich für 8 Mill. Franken Waaren, deren Rohstoffe höchstens 1,600,000 Franken kosten, so daß 6 Mill. und einige Hunderttausend Franken als Lohn bleiben, was auf den Kopf einen Mittelverdienst von 75 Centimes täglich ergibt. Merkwürdig ist es, daß die meisten der Frauen, welche diese bewundernswürthen feinen Arbeiten machen, sich dieser Industrie nur 6 oder 7 Monate widmen, die übrige Zeit des Jahres sich aber mit allen und selbst den rauesten Feldarbeiten beschäftigen.

Die Herren Inhaber der **Breslauer Zeitungs-Obligationen** werden auf **Mittwoch den 11. Februar**, Nachmittags 4 Uhr im Börsenlokale zur ordentlichen diesjährigen **General-Versammlung** ergebenst eingeladen.

[613]

Gräff. v. Löbbecke. Molinari.

[228]

### Vorlesungen.

Heute, **Donnerstag** d. 5. Febr. fällt die Vorlesung im Café restaurant aus. Dagegen wird **morgen Freitag** den 6. Febr. Abends 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr, Hr. Görner einen Vortrag über „die Bildung der Erde“ halten.

[1202]

### Wissenschaftliche Vorträge.

**Freitag** den 6. Februar Abends 8 Uhr in der **höheren Bürgerschule** zum heil. Geist: 3ter **physikalischer Vortrag** des Herrn Professor Dr. Marbach.

[624]

### Constitutionelle Bürger-Resourse.

Der Billet-Verkauf für den am 7. Februar d. J. stattfindenden Ball im Theater ist geschlossen, und sind nur zur Gallerie noch verglichen zu haben.

Im Interesse der Theilnehmer wird darauf aufmerksam gemacht: daß der Ball nur für die Mitglieder der Gesellschaft bestimmt ist. Die Eintrittskarten gelten nur für die Familie der Mitglieder, auf deren Mitglieds-Karte sie geholt werden sind.

Die Eröffnung des Theaters erfolgt um 6 Uhr, der Ball beginnt um 7 Uhr.

Die Eintrittskarten werden an den Eingangsthüren nur vorgezeigt, von dem kontrollirenden Personale bezeichnet, und sind demnach während der ganzen Dauer des Balles zur Erhaltung der Kontrolle aufzubewahren.

Jede Dame wird ersucht, gleich nach dem Eintritt ein Frei-Loos zu einer während des Balles stattfindenden Lotterie in der vom Fest-Comité reservirten Loge in Empfang zu nehmen. Das Nähere über die Auspielung selbst enthalten die Tanz-Programme, auf deren auch alle übrigen die allgemeinen Arrangements betreffenden Bestimmungen angegeben sind.

Den Verkauf der Weine hat die Weinhandlung **Philippi und Comp.**, die Restauration der Hr. Stadtkoch **Ritsche** übernommen.

[614]

### Verkauf eines Ritterguts.

Ein Rittergut in der königl. sächsischen Ober-Laufitz, ganz in der Nähe einer größeren Stadt, mit 800 Dresdener Scheffel Areal, in ausgezeichnetster Bodenlage, für welche Beodngüte schon der Umstand spricht, daß im vorigen Herbst einige 70 Scheffel Land mit Raps besät worden sind, ist sofort Familienverhältnisse halber billig zu verkaufen und würde eine Anzahlung von 25,000 Rthl. genügen. Auf diese Anzeige Reflektirende wollen sich deshalb mit dem Unterzeichneten in Vernehmung setzen.

Baugen in der königl. sächsischen Ober-Laufitz, am 4. Februar 1852.

Adv. Israel.

[626]

### Reinigungs-Pulver.

Zur billigen Erzielung geruchloser Abtritte, Pissvoies u. dergl. m., so wie zum **Reinigen dumpfiger Wein- und Bierflaschen**, empfehle ich als unentgeltliches Mittel mein „**Reinigungs-Pulver**“, von welchem Herr **Eduard Groß** in **Breslau**, am **Neumarkt 42**, stets Lager hält und à Pfund mit 2 1/2 Sgr. verkauft.

W. E. Michael in **Dochlen** bei **Dresden**.

[1200]

Eine sehr achtbare und stille Familie wünscht Leem. Otern d. J. einen Knaben in Pension zu nehmen. Näheres bei Herrn Kaufmann **Heinrich Reifig**, **Nashmarkt 49**.



[615] **Verlobungs-Anzeige.**  
Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Sophie** mit Herrn **Pastor Jakob** in Hermsdorf, zeigen wir zu wohlwollender Theilnahme ergebenst an.  
Schönbrunn, 30. Januar 1852.  
Pastor **Carstadt** und Frau  
Als Verlobte empfehlen sich:  
**Sophie Carstadt,**  
**Robert Jakob.**

[1205] **Entbindungs-Anzeige.**  
Die heut erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Minna**, geb. **Sachs**, von einem munteren Knaben, beehre ich mich hierdurch Verwandten und Freunden statt jeder besondern Meldung ergebenst anzuzeigen.  
Breslau, den 4. Februar 1852.  
**Nathan Aron.**

[1190] **Entbindungs-Anzeige.**  
Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Camilla**, geb. **Pauterbach**, von einem gesunden Töchterchen, beehre ich mich hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen.  
Schweidnitz, den 3. Februar 1852.  
**C. E. Bertrand.**

[617] **Entbindungs-Anzeige.**  
Die heut erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Jda**, geb. **Hirschmeyer**, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich allen Verwandten und Freunden statt jeder besondern Meldung hiermit ganz ergebenst anzuzeigen.  
Schweidnitz, den 3. Februar 1852.  
**Edwin Sturm**, Königl. Postdirektor.

[1197] **Todes-Anzeige.**  
Am 3. d. M. Früh 7½ Uhr entschlief sanft nach vielen Leiden zu einem bessern Leben, meine theure innig geliebte Frau **Auguste**, geborne **Greschmelle**. In tiefster Betrübnis widme ich allen meinen Verwandten und Freunden diese traurige Mittheilung und bitte um stille Theilnahme.  
Breslau, den 4. Februar 1852.  
**Friedr. Aug. Gottschalk.**  
Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr auf dem reformirten Kirchhofe statt.

**Theater-Repertoir.**  
Donnerstag, den 5. Febr. 30ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.  
„Die Räuber.“ Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Freitag, den 6. Februar. 31ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.  
„Gustav oder der Maskenball.“ Große Oper mit Tanz in fünf Akten. Musik von Auber.

**Im alten Theater**  
Mr. John William Robsons  
**Niesen-Bild** [574]  
über 1000 Fuß lang. Darstellend: die Reise nach London zur Industrie-Ausstellung.  
Vorstellungen täglich, Abend von 7 Uhr.  
Eröffnung der Kasse 6 Uhr.  
Billets sind bei Herrn Bote u. Bock, Schweidnitzerstraße Nr. 8, bis Abends 6 Uhr zu haben.

[1198] **D. S.**  
Heute 3 Uhr, Menagerie Nr. 7.

[612] **Nachricht.**  
Den hochgeehrten Beförderern der Unterzeichnung auf die „Erinnerungen einer Blindgeborenen“ zur Gründung einer Unterstützungskasse für die entlassenen Zöglinge der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt zeige ich ergebenst an, daß der Druck des Werkes erst im März beginnen kann, nach gefälliger Rücksendung aller Subscriptions-Einladungen, um dem Werke alle Gönner des Blindenwesens namentlich beifügen zu können.  
**Knie**, Oberlehrer der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt.

Unser Comtoir ist [1059]  
**Büttnerstraße 35, erste Etage.**  
**Landau, Rosenberg u. Comp.**

[433] Die General-Versammlung der **Gesellschaft der Brüder** findet am 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Café restaurant statt.

**Med.-Rath Dr. Schmalz**  
aus Dresden, wird den 6. bis 11. Februar in **Breslau**  
**Gehör- und Sprach-Kranken**  
Rath erteilen (zu 3 Bergen); 9—1 Uhr. [611]

[1209] **Dankagung.**  
Ziel durchdrungen von dem innigsten Dank, zu welchem ich dem Dr. Herrn **Bernhard** hieselbst für den rasigen Eifer und glückliche Herstellung meines ältesten Sohnes von schwerem Krankenlager verpflichtet bin, schäke ich mich glücklich, solches öffentlich auszusprechen.  
Kreuzburg, den 5. Februar 1852.  
**Simon Sachs.**

[620] Bei Ferdinand Enke in Erlangen ist erschienen und durch alle Buchhandlungen in **Breslau** durch **A. Gosehorst's** Buchhandl. **L. F. Maske**, (Albrechtsstraße Nr. 3) Ferd. Hirt, Marx und Komp. und W. G. Korn zu erhalten:

**Für Medizin und Jurisprudenz.**  
**Blätter für gerichtliche Anthropologie.** Für Aerzte und Juristen, von J. B. Friedreich. 1850. 1—5. Heft. 1 Rthlr. 22 Sgr. 1851. 1—5. und 1852 1. Heft, jedes 12 Sgr.

**Der Gerichts-saal.** Zeitschrift für volksthümliches Recht, insbesondere für öffentlich-mündliches Verfahren in Kriminal- und Civilsachen und Geschworenenverfassung. Unter Mitwirkung vieler, den deutschen gesetzgebenden Versammlungen, Gerichtshöfen und Hochschulen u. angehörenden Juristen, herausgegeben von Dr. L. v. Jagemann. 1849. 1850. 1851. 1852. Der Jahrgang von 12 Heften. gr. 8. à 5—6 Bogen. 4 Rthl. 20 Sgr. Einzelne Hefte à 12 Sgr.

**Für Gärtner und Gartenfreunde.**  
**Gartenflora.** Monatschrift für deutsche und schweizerische Garten- und Blumenkunde, herausgegeben von E. Regel, Obergärtner am botanischen Garten in Zürich. Diese Zeitschrift erscheint von 1852 an in monatlichen Heften in gr. 8. à 2 Bogen mit je 3 Abbildungen und kostet der Jahrgang von 12 Heften 4 Rthl. preuß. Cour. Das Januar-Heft für 1852 ist bereits erschienen. Der Gärtner von Fach sowohl als der große Gutsbesitzer und Derjenige, der den Gartenbau aus Liebhaberei betreibt, findet darin gewiß Befriedigung.

**Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern.**  
[599] Die auf fünf Prozent des Aktien-Betrages festgesetzte Dividende für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1850 bis ult. September 1851 kann von dem 15. Februar d. J. ab in dem Comtoir der Handlung **J. F. Krafer** erhoben werden.  
**Die Direction.**

[602] **Rumäther und Rumessenz**  
in vorzüglichster Qualität, empfehle ich zu geneigter Abnahme, sowohl bei Herrn **L. B. Kramer**, Büttnerstraße Nr. 30, als auch bei mir in der Fabrik, Lange Gasse Nr. 22.  
**C. F. Capann-Karlowa.**

Um stets mit den neuesten Mode-Erzeugnissen in reichhaltigster Auswahl aufwarten zu können, verkaufen wir nach beendigter Inventur die uns von voriger Saison übrig gebliebenen  
**Battiste, Mousseline, Cattune, Mantillen, Visiten, Mäntel u. Bournusse** bedeutend unter dem Kostenpreise und empfehlen solche der außerordentlichen Preiswürdigkeit halber ergebenst:  
**Oppenheimer u. Neufeld,**  
Ring Nr. 16.

[621] **Bielefelder und schlesische Leinwand,**  
**fertige Hemden, das Stück von 7½ Sgr. — 5 Rthl.**  
**wollene und baumwollene Tischdecken**  
in allen Farben und Größen empfiehlt billigt:  
[619] **Moritz Hauffer**, am Tauenzienplatz Nr. 4.

[1204] **Berliner Bruch-Chocolade,**  
à Pfd. 6½ Sgr., empfiehlt zur gefälligen Beachtung: **Wilh. Prusse**, Schmiedebrücke Nr. 34.  
**Etablissements-Anzeige.**  
Mit heutigem Tage eröffne ich **Klosterstraße Nr. 11** vis-à-vis der Mauritiuskirche eine  
**Sezerei-Waaren-, Tabak- u. Cigarren-Handlung**, wobei ich mich unter Zusicherung reeller Bedienung und billiger Preise bei guter Waare einem geehrten Publikum bestens empfehle.  
Breslau, den 5. Februar 1852.  
[1206] **Herrmann Rettig.**

[517] **Zur gefälligen Beachtung.**  
Um den vielseitig an mich gerichteten Anfragen zu genügen, zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich die von meinem Vater **C. Chr. Monhaupt** in der Gartenstraße 40 Jahre betriebene Handels-Gärtnerei, mit Samenhandlung verbunden, nachdem ich in derselben 20 Jahre hierdurch als Gehilfe resp. Geschäftsführer fungirt habe, seit 10 Jahren übernommen und selbstständig fortführe, und daß in neuester Zeit diese Samenhandlung von der Gartenstraße nach dem Lokale in der **Junkerstraße**, zur Stadt **Berlin** benannt, der goldenen Gans gegenüber verlegt habe.  
**Ed. Monhaupt d. Alt.,**  
Kunst- und Handelsgärtner.

[536] **17. Cotillon-Kleinigkeiten, 17.**  
bestehend in Orden, Brochen, Haarnadeln, Blumen, Figuren, Vasen u., empfehle ich in größter Auswahl, das Duzend von 5 Sgr. an. Händler erhalten bedeutenden Rabatt.  
**L. F. Podjorski**, Kupferschmiede- und Silberstraße Nr. 17, vier Löwen.

Medizinrath Dr. **Laubes Brust-Syrup**, die Flasche 10 Sgr.,  
Dr. **St. Juges Brust-Pouletten**, à Carton 4 Sgr.,  
**Brustthee-Bonbon**, à Cart. 4 Sgr., 12 Cart. 1 Rthl. 12 Sgr., 6 Cart. 22½ Sgr.,  
sämmtlich gegen Husten und Grippe, empfehlen:  
[1199] **Piver u. Comp.**, Bischofs-Straße Stadt Rom.

[1193] Frische reine **Kaps- und Feinfischen** eigener Fabrik, bestes, reines, feingemahltes **Knochenmehl** und feingemahltes ober-schlesisches **Dünger-Gips** empfehlen:  
**Moritz Werther u. Sohn**, Ohlauerstraße Nr. 8.  
**Gute Schriftgießer-Gehülfen**  
können sofort **Kondition** erhalten bei  
**Graf, Barth u. Comp. in Breslau.** [471]

**Substitutions-Bekanntmachung.**  
Zum notwendigen Verkaufe des hier, **Alt-bücherstraße Nr. 16** belegenen, auf 4496 Rthlr. 26 Sgr. 9 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin  
auf den **5. April 1852,**  
Vormittags 11 Uhr,  
in unserem Parteien-Zimmer — **Junkerstraße Nr. 10** — anberaumt.  
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden.  
Der Partikular **Gottlieb Müller** oder dessen Rechtsnachfolger wird hiermit zu demselben vorgeladen.  
Breslau, den 11. Dezember 1851.  
[22] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

[23] **Öffentliche Vorladung.**  
Ueber den Nachlaß des Kaufmanns **Carl Wilhelm Häusel** ist der erb-schaftliche Liquidations-Prozess eröffnet, und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger  
auf den **6. April 1852**  
Vormittags 10 Uhr vor dem Stadt-Richter **Köllisch** in unserem Parteien-Zimmer anberaumt worden.  
Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.  
Breslau, den 10. Dezember 1851.  
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[149] **Fischen-Verkauf.**  
In unserem Kammerei-Förste zu **Canterdors** bei Löwen sollen die Fischen auf einer Fläche von etwa 25 Morgen, durchgängig jüngere Hölzer und besonders zum Schalen für Lohgerber geeignet, auf dem Stamme meistbietend verkauft werden. Wir haben hierzu einen Termin auf  
**Montag den 16. Februar d. J.**  
Nachmittags um 2 Uhr in unserem Kommissions-Zimmer angelegt, wozu wir Kauflustige mit dem Bemerkten einladen, daß unser Förster in **Canterdors** angewiesen ist, die Hölzer auf Verlangen zu zeigen, und daß die Taxe nebst Verkaufsbedingungen in unserer Registratur eingesehen werden können.  
Brieg, den 31. Januar 1852.  
Der Magistrat.

[627] **Auktion.**  
Freitag den 6. d. Mts. Vorm. 9 Uhr sollen in Nr. 3 alte Tischenstraße **Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel und Hausgeräte** versteigert werden.  
**H. Reimann**, gerichtl. Aukt.-Kommissar

**Verkauf eines Hauses und einer Apotheke.**  
Das Haus sub Nr. 7 am Ringe hieselbst, und die damit verbundene Apotheke sollen im Wege des freiwilligen Verkaufs dem Meistbietenden überlassen werden. — In der im vorigen Jahre gerichtlich aufgenommenen Taxe ist  
1. das Haus auf 9148 Rthl.,  
2. die Apotheke nebst Zubehör auf 18,298 Rthl. geschätzt, und bei der letzteren eine jährliche Brutto-Einnahme von 2658 Rthl. festgestellt worden. — Dem Käufer wird auch die Beziehung einer jährlichen Rente in Höhe von 100 Rthl. abgetreten, und ist eine baare Anzahlung von nur 5000 Rthl. auf die Kaufsumme zu leisten. — Zu diesem Verkauf habe ich einen Termin auf den  
**24. März d. J.**  
Vormittags 9 Uhr,  
angesezt, welcher in meinem Geschäfts-Lokal in dem obenbezeichneten Hause abgehalten werden wird. Im Fall der Annahme des zu machenden Gebots wird der Kaufvertrag sogleich aufgenommen werden. Die Taxe und die sonstigen Verkaufsbedingungen können zu jeder Zeit in meiner Kanzlei eingesehen werden.  
Neustadt i. Oberschl., den 31. Januar 1852.  
[571] **Barschdorff, Notar.**

[610] Mit Schmerzen erfährt ein großer Theil der hiesigen und umliegenden Einwohnerschaft, daß Herr **Dr. Kuschel** unsern Ort zum 15. Mai dieses Jahres verläßt. Mit größter Bereitwilligkeit eile er jedem Kranken zu Hilfe, und namentlich hat er sich durch große Umsticht in der Geburtshilfe ein bleibendes Andenken gesichert. Verlassen in der Geburtshilfe steht unser Ort nun bald da und wäre es sehr zu wünschen, wenn dieser Verlust gleich wieder gedeckt würde.  
Mittelwalde in der Grafschaft Glatz.  
**Einer für Viele.**

[608] Ein fähiger wohlgeleiteter Knabe von 12 Jahren, ist mir zur Vorbereitung für das Gymnasium übergeben worden. Sollten Eltern geneigt sein, einen Knaben gleichen Alters mir zum Unterricht anzuvertrauen, so bitte ich, daß dieselben mir gefälligst Gelegenheit geben zu weiterer schriftlicher Mittheilung.  
**Vöschke**, ev. Pfarrer in Zindel, (Kr. Brieg (früher Seminarelehrer in Breslau)).



